GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Mag. Wehsely, einen schönen guten Morgen! Sie haben schon erwähnt, Sie waren ab 2004 Stadträtin, vorerst Integration, und seit 2007 bis 2017 für Gesundheit und Soziales und haben daher das Krankenhaus Nord, auch schon von der Anfangsphase der Diskussion miterlebt und natürlich dann zumindest 75 Prozent des Baus des Krankenhaus Nord sozusagen in Ihrer Verantwortung. Und egal, ob man jetzt die These vertritt, sind die großen Fehler in der ersten Hälfte oder in der zweiten Hälfte passiert, war das unter der Führung Marhold oder unter der Führung Janßen, die hauptverantwortlich waren, bei allen Zeugenaussagen ist klar herausgekommen, Sie, die Stadträtin, waren die Hauptverantwortliche dafür.

Mag. Sonja Wehsely: (…) weil natürlich die operative Verantwortung nicht beim Stadtrat und bei der Stadträtin liegt, denn dafür gibt es das Management, das auch dafür eingesetzt ist und dafür bezahlt wird.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Wehsely, Sie sagen, das Management war verantwortlich. Ja, das stimmt natürlich, aber Sie waren verantwortlich, welches Management Sie einstellen. Da waren Sie verantwortlich. Und da kommen wir ja dann noch zu einigen Bereichen.

Aber ich komme jetzt trotzdem noch einmal auf dieses Organisationsmodell, bei dem Learning by Doing eigentlich im Vordergrund steht. Und das haben Sie gewusst. Das heißt, ich wundere mich darüber, dass Sie gerade dieses Modell, das eigentlich ein sehr flexibles Modell ist, gerade für diesen Krankenhausbau eingesetzt haben. Und da hätte ich gerne Ihre Antwort darauf.

Mag. Sonja Wehsely: Auf welche Frage?

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Warum Sie gerade dieses holokratische Modell genommen haben, wo eigentlich, wenn Sie sich das anschauen, die Zuordnung, wer da verantwortlich ist, nicht zu sehen ist?

Mag. Sonja Wehsely: Zwei Antworten auf eine Bemerkung und auf Ihre Frage. Nämlich die Bemerkung, ja selbstverständlich habe ich das Auswahlverschulden für die Führungskräfte. So habe ich eben zum Beispiel den Herrn Dr. Koblmüller als Generaldirektor-Stellvertreter geholt, den vorher in der Stadt niemand gekannt hat. Im Jahr 2007 war die Ausschreibung, 2008 hat er begonnen.

Und zur Frage, wieso ich das ausgewählt habe, ist die Antwort: Ich habe das nicht ausgewählt. Das ist eine ganz klar operative Verantwortung, damals noch des Generaldirektors alleine, denn in der monokratischen Organisation der Stadtverwaltung läuft alles beim Dienststellenleiter, und damit beim Generaldirektor zusammen. Wie gesagt: Nachgefragt, die Information bekommen, dazu noch geprüft worden. Auch geprüft worden hat – bisher erwähnt – die Interne Revision des KAV, die Interne Revision der Magistratsdirektion, was ich noch nicht erwähnt habe – ist mir vorher entfallen –, auch geprüft vom Kontrollamt und für richtig befunden worden. Und auf Basis dieser Prüfberichte gab es keinen Grund für mich, daran zu zweifeln, dass diese Vorgangsweise richtig ist.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Stadträtin a. D., wenn man sich den Rechnungshofbericht anschaut, werden auf diesen 200 Seiten von Anfang an die fehlerhaften Belange dieses Großprojektes aufgezeigt, und daher war es richtig, sich hier doch mehr damit zu beschäftigen.

Und da Sie gerade die Frau Loidl-Kocher genannt haben, die da eingesetzt wurde, wir haben da Zeugenaussagen, wie zum Beispiel vom Herrn Prem, der vor allem Frau Loidl-Kocher und den Rechtsanwalt Dullinger, die sind da eingebunden worden, zum Beispiel die TU 3 … Da ist schon die Frage, gerade die T 3, da war ja das entsprechende Knowhow vorhanden. Wieso hat man zum Beispiel den Zeugen Prem – der ja hier sehr ausführlich uns berichtet hat, der ja in leitenden Funktionen auch heute tätig ist – hier nicht eingebunden? Und auf der anderen Seite hat der Rechtsanwalt Dullinger 38 Prozent – das muss man sich vorstellen, 38 Prozent – der gesamten Kosten für Konsulenten und Gutachten bekommen. Das heißt, der war mehr als gut im Geschäft.

Ist es da nicht seltsam, Frau Wehsely, dass jener Rechtsanwalt, der davon abrät, die TU 3 zu involvieren, dann bei den Folgeaufträgen in großem Maße verdient? Haben Sie das überhaupt nicht beachtet, nicht gesehen oder auch nicht gehört?

Mag. Sonja Wehsely: Frau Korosec, ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Frage der Verantwortlichkeiten. Ich habe mich in keiner Weise da miteingemischt zur Frage, wofür der Herr Prem oder andere Mitarbeiter des Krankenanstaltenverbundes eingesetzt oder nicht eingesetzt wurde. Ich habe mich auch nicht eingemischt in die Frage, welche Rechtsanwälte betraut wurden oder nicht. Ich glaube, ich habe den Herrn Dullinger in meinem Leben zwei Mal getroffen, und zwar nicht mangels Interesse, sondern weil die Zuständigkeit einer amtsführenden Stadträtin eine andere ist – ich gehe davon aus, dass wir über die auch noch sprechen werden. Die liegt sicherlich nicht darin, dem Generaldirektor seine Zuständigkeit abzunehmen zur Organisation der Projektorganisation und Struktur.

GRin Brigitte Meinhard-Schiebel (GRÜNE): Im Dezember 2007 zog die KASERNEN Projektentwicklungs- und Beteiligungs AG dann ihr Angebot zurück, weil sie diese Verfügungsberechtigung über das Grundstück Heeresspital nicht erbringen konnte. Zu diesem Zeitpunkt lag aber auch noch keine Verfügungsberechtigung für das ÖBB-Grundstück vor. Warum wurden die Fristen für die Vorlage der ausschließlichen Verfügungsberechtigung im Lauf des Verfahrens geändert? Ursprünglich musste bis 29.6.2006 vorgelegt werden, zu diesem Zeitpunkt ist nur für das Siemensgrundstück des PSV-Konsortiums eine Verfügungsberechtigung vorhanden gewesen. Und gab es von Anfang an eine klare Präferenz für das ÖBB-Grundstück und wurden dann diese Fristen dieser Präferenz entsprechend angepasst?

Mag. Sonja Wehsely: Es gab von meiner Seite überhaupt keine Präferenz. Es gab da eine Kommission, deren Besetzung ich nicht beeinflusst habe und an deren Beratung auch nicht teilgenommen habe. Meine Information, die mir gegeben wurde, war, dass sehr schnell, dass ziemlich von Anfang an das ÖBB-Grundstück an erster Stelle gereiht war. Und ich habe hier in keiner Art und Weise Einfluss genommen, habe auch überhaupt nicht Notwendigkeit auf der einen Seite, aber auch den Antrieb gesehen, hier mich einzumischen, denn da gibt es in dieser Stadt mit der MA 69, mit der Stadtplanung – ich glaube, der Herr Bezirksvorsteher war auch, ich weiß es jetzt gar nicht genau – Menschen, die dafür verantwortlich waren, nachdem die Grundfrage entschieden war. Und das ist die politische Verantwortung. Die Grundfrage war, wir bauen kein Krankenhaus in Simmering oder in der Leopoldstadt, sondern wir brauchen ein Krankenhaus über der Donau, und da im Konkreten im 21. Bezirk, weil im 22. schon das Donauspital ist. Das ist die politische Grundsatzfrage, wo ich damals noch nicht politisch verantwortlich war, aber in der Landesregierung und daher in Gesprächen auch das mitgetragen habe, nicht als verantwortliche Stadträtin, aber als Mitglied der Landesregierung. Die Frage, wie das dann operativ abgehandelt wird, ist eine Frage der Verwaltung und keine der Politik.

GRin Brigitte Meinhard-Schiebel (GRÜNE): Ich darf auch in meiner dritten Frage noch einmal darauf zurück-kommen, ob Sie in irgendeiner Form in Entscheidungen eingebunden waren? Es gab ja auch einen Hinweis aus dem vom KAV beauftragten Gutachten eines Vergabe-rechtsexperten vom Jänner 2006, dass mit der Verknüpfung dieser Grundstücksbereitstellung ein wettbewerbsfremdes Element in das Verfahren eingebracht wurde. Es wurde auch so festgestellt, dass das eher unüblich ist. Dabei wurde auch der Rat erteilt, im Anschluss an den Standortwettbewerb mit mindestens zwei Wettbewerbsgewinnern ein Verhandlungsverfahren durchzuführen, und trotzdem wurde aber nur mit einem Bewerber verhandelt.

Meine Frage an Sie lautet: Wie waren Sie doch als zuständige Gesundheitsstadträtin in diese Entscheidung eingebunden? Gab es in irgendeiner Form Vorgaben oder Weisungen von Ihnen? Und hätte der KAV als Auslober zum damaligen Zeitpunkt nicht neu ausschreiben müssen?

Mag. Sonja Wehsely: Zur Frage, ob ich in die Entscheidung eingebunden war, ist die Antwort natürlich ja, denn mir wurde dazu berichtet, was das Ergebnis der unabhängig besetzten Kommission ist, die, wenn ich es jetzt richtig in Erinnerung habe – ich habe ja keine Unterlagen mehr, aber wenn ich richtig in Erinnerung habe – die MA 21 als Stadtplanung war, die das irgendwie angeführt hat, diesen Entscheidungsprozess und diese Kommission, und dass das Ergebnis ist. Ich habe in keiner Art und Weise auf das Ergebnis Einfluss genommen und hatte auch zu diesem Grund überhaupt nicht die Notwendigkeit, woran zu zweifeln. Ich bin nach wie vor auch mit meinem heutigen Wissen der Meinung, dass dieses Grundstück unter den verfügbaren das richtige ist, nämlich nicht nur der 21. Bezirk, sondern auch dieses, weil es deutlich stadtnäher ist als das andere, das zur Verfügung gestanden wäre, bin ich mit meinem heutigen Wissen nach wie vor der Meinung. Wo ich dann mehr wusste – wie aber viele von Ihnen auch –, war nach dem Kontrollamtsbericht, der Anfang 2010 erschienen ist. Aber zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Grund daran zu zweifeln.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): (…) Den operativen Teil der Bauherrenrollen hatte Dipl.-Ing. Koblmüller bis Jänner 2013 inne und er wurde im März 2013 von Thomas Balázs ersetzt. Das heißt, wir haben ja schon Termine gehört, dass Marhold im Dezember 2013 an Janßen die Agenden übergeben hat, im operativen Bereich der Bauherrenrolle war es schon im März 2013 von Koblmüller an Balázs. Balázs beauftragte auch den als Konsulent tätigen Koblmüller, ausschließlich an ihn zu berichten. Das heißt, ich wiederhole das noch einmal, für die Übersicht: Im März 2013 wurde die Agenden von Koblmüller an Balázs übertragen, im Dezember 2013 von Marhold an Janßen.

Zum Zeitpunkt der Auswahl des Ersatzes von Koblmüller war bekannt, dass Balázs nie ein Krankenhaus errichtet hat, weder ganz, noch teilweise. Warum haben Sie dennoch den Vertrag von Koblmüller nicht verlängert und Balázs zu seinem Nachfolger gemacht?

Mag. Sonja Wehsely: Herr Koderhold, da ist Ihnen ein Fehler unterlaufen, denn der Herr Koblmüller ist vor März 2013 ausgeschieden, nämlich Ende Jänner 2013, und war im Jänner schon auf Urlaub. Um diese Frage zu beantworten, darf ich das ein bisschen in den Gesamtzusammenhang stellen, Frau Vorsitzende, wenn das in Ordnung ist? (…)Und da war der Herr Dr. Koblmüller, mit dem ich sehr zufrieden war zum damaligen Zeitpunkt, mit seinem Engagement für das Krankenhaus Nord, jemand, der – sage ich jetzt einmal – die Mannschaft nicht so mitgenommen hat, wie das bei solchen Veränderungs-prozessen notwendig ist. Und das war für mich der Grund, dass ich damals entschieden habe, seinen Vertrag nicht zu verlängern.

Und meine Idee der Struktur der Zukunft wieder auch in Richtung Unternehmung – wir werden dann nachher sicher darauf zu sprechen kommen – war die Schaffung des Aufsichtsgremiums, das abgebildet war in einem Aufsichtsrat in einer Aktiengesellschaft, aber natürlich nicht so handeln konnte, weil wir ja sozusagen Stadtverwaltung waren, und zweitens ich auch überzeugt davon war, dass eigentlich Generaldirektor, Generaldirektor-Stellvertreter von der Struktur zu wenig sind, sondern dass es einen starken Generaldirektor Willi Marhold braucht, einen Finanzmenschen, das wurde dann später der – da kommen wir sicher noch darauf – von mir vorher überhaupt nicht gekannte Herr Janßen oder der vorher von mir auch nicht gekannte Herr Balázs.

Das heißt, zum Zeitpunkt, als ich den Vertrag mit dem Herr Koblmüller nicht verlängert habe, kannte ich weder Janßen noch Balázs, sondern war mir nur klar, wie die zukünftige Struktur sein soll. Deshalb sind diese beiden Positionen vom KAV dann auch ausgeschrieben worden.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Koblmüller hat gesagt, Sie hätten ihm als Begründung gesagt, er sei zu alt. Was ich außerdem nicht ganz verstehe, das Problem war ja nicht das Spitalskonzept 2030, sondern der Master-plan 2015, da war ja Koblmüller schon zwei Jahre nicht mehr im Amt.

Meine zweite Frage: Herr Prof Janßen hatte im Dezember 2013 nachweislich den Auftrag, Sie regelmäßig über den Baufortschritt und die Prüfvermerke zu informieren. Im vierten Quartalbericht 2014 wird eine Zeit- und Kostenüberschreitung des Projekts detailliert angeführt. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf von 120 Millionen wurde ja auch im Jahr 2015, im Wahljahr 2015 durch Umwidmung von Geldern für Wiener Bauvorhaben und Überweisungen an das Projekt KH Nord ausgeglichen. Meine Frage: Aus dem Wahlkampf 2015 wurde diese Zeit- und Kostensteigerung ja ausgenommen. Haben Sie wenigstens den Bürgermeister und auch den Koalitionspartner, die GRÜNEN, nachweislich von der Projektänderung informiert?

Mag. Sonja Wehsely: Herr GR Dr. Koderhold, das, was Sie hier sagen, ist die Unwahrheit. Ich möchte Ihnen zitieren und vorlesen – und für Sie alle zugänglich, weil es einfach eine OTS ist –, und ich habe in den Protokollen beim Überfliegen auch nachgelesen, dass Frau Korosec und Herr Wiederkehr das wiederholt gesagt haben, aber vielleicht können wir das dann heute beenden. Es gibt vom 30.06.2015 um 13.27 Uhr eine Presseaussendung des KAV. Ich möchte für Sie, Frau Vorsitzende, und für Ihren Stellvertreter erklären, was das für eine besondere Woche ist, denn die Journalisten und die Abgeordneten wissen es: Das war die Rechnungsabschlusswoche für das Budget 2014. Das ist immer eine Woche, das sind vier Tage, da werden zwei Tage verhandelt der Rechnungsabschluss, Montag, Dienstag, am Mittwoch ist dann Gemeinderat und am Donnerstag ist Landtag. Zumindest, ich bin 1996 Gemeinderätin geworden und seither war das immer so.

Und am Dienstag dieser Woche – also weder im Hochsommer, noch dass man sich dann gar nicht mehr sieht und so irgendwie – ist diese Presseaussendung vom Krankenanstaltenverbund rausgegangen, mit mehreren Informationen. Auf der einen Seite mit der wesentlichen Information, dass der KAV – ich zitiere – "Ende vergangener Woche eine Feststellungsklage gegen die Statikfirmen eingebracht" hat, "die die Verzögerungen maßgeblich verantworten. Es geht darum, festzustellen, dass die Beklagten für sämtliche Schäden haften."

Und weiters steht in dieser Presseaussendung vom 30.6.2015 um 13.27 Uhr: "Aufgrund der Ereignisse, die zu den Verzögerungen geführt haben, geht man derzeit von Kostenüberschreitungen von rund zehn Prozent gegen-über dem ursprünglichen Kostenrahmen von 954 Millionen Euro aus." – 10 Prozent von 954 Millionen sind 1,049 Millionen, und das ist genau die Zahl, die nach der Gemeinderatswahl im Voranschlag für das Jahr 2016 sich auch wiedergefunden hat. – Milliarden, Entschuldigung, Milliarden, nicht Millionen, ich korrigiere: Milliarden.

Aber das bedeutet – um das noch in einem Satz zu sagen –, ich habe immer zu dem Zeitpunkt, als es klar war, dass sich ein Risiko verwirklichen wird, den Gemeinderat davon informiert. Es gab rechtlich keine Verpflichtung von mir und vom KAV, zu diesem Zeitpunkt zu informieren, weil es damals keinen Quartalsbericht gab und die rechtliche Verpflichtung ist im Quartalsbericht. Ich war aber trotzdem hier immer für Transparenz und habe daher – ich sage noch einmal – am 30. Juni, in der Rechnungsabschlusswoche, wenige Monate vor der Gemeinderatswahl über diese Kostensteigerung informiert.

Mag. Sonja Wehsely: Ich möchte nur festhalten, damit das schon auch klar ist und vielleicht auch jetzt für die Kommission klar ist, es ist der Vorhalt, jetzt von Ihnen formuliert Herr Koderhold gewesen, aber auch schon von der Frau Korosec und vom Herrn Wiederkehr, zum wiederholten Mal, ich hätte nicht informiert vor der Gemeinderatswahl über die Kostensteigerung. Und die Antwort darauf ist: Diese Information ist falsch. Ich habe darüber informiert und es handelt sich genau um den Betrag, der dann nach der Gemeinderatswahl auch im Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 gelegen ist.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Die Frage habe ich nicht gestellt, das stimmt nicht. Ich habe die Frage anders gestellt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Sie haben bezüglich der Höhe …

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Nein, ich habe die Frage gestellt, ob Sie Bürgermeister und den Koalitionspartner nachweislich von der Projektänderung informiert haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Ja, das ist richtig.

Mag. Sonja Wehsely: Herr Koderhold, das ist richtig, und bleiben wir bitte bei der Wahrheit, es wird ja da niemand früh dement sein, dass man sich nicht merkt, was man fragt. Vor dem Satz, den Sie jetzt gesagt haben, war Ihre Behauptung: Sie haben ja den Gemeinderat vor der Gemeinderatswahl nicht informiert, haben Sie wenigstens den Bürgermeister informiert? – Die Antwort darauf ergibt sich konkludent: Natürlich habe ich den Bürgermeister informiert, aber nicht nur den Bürgermeister, sondern Sie alle, zumindest die, die im Gemeinderat vertreten waren.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Also ich habe eine genau definierte Frage gestellt und Sie weichen aus. Haben Sie auch den Koalitionspartner nachweislich von der Projektänderung informiert? Das ist ja auch eine Verantwortung für den Koalitionspartner.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Gut, machen wir das auch noch. Wurden die GRÜNEN informiert?

Mag. Sonja Wehsely: Von welcher Projektänderung sprechen Sie?

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Der zusätzliche Finanz- und Zeitaufwand.

Mag. Sonja Wehsely: Selbstverständlich.

GRin Gabriele Mörk (SPÖ): Eine Frage noch vielleicht in diesem Zusammenhang: In welchem Gremium ist damals entschieden worden, die Verhandlungen mit dem Konsortium abzubrechen?

Mag. Sonja Wehsely: Also Gremium, glaube ich, war es keines, denn wäre es zu einem Vertrag mit dem Konsortium gekommen, wäre der gemeinderatspflichtig gewesen. Dazu kam es aber nicht.

(…)Es gab keine Einigung mit dem Konsortium auf einen Preis. Und nach diesen drei Dingen, die mir – und jetzt komme ich zur ganz konkreten Beantwortung des Gremiums: Es gab kein Gremium, sondern das alles wurde mir vom Generaldirektor und vom Generaldirektor-Stellvertreter berichtet, mit dem Vorschlag, das Verfahren zu widerrufen. Da gab es eine Diskussion darüber, aber von Anfang an war für mich klar, dass das der einzige Weg in der Situation ist, so vorzugehen.

Dazu muss man auch immer sich überlegen, zu welchem Zeitpunkt man eine Entscheidung getroffen hat. Damals, mit diesen Informationen war das die einzig mögliche Entscheidung, die dann getroffen wurde. Und es gab daher keinen Gremialbeschluss, weil es ja noch gar keinen Vertrag gegeben hat, sondern nur die Verkündung, dass das Krankenhaus nicht auf diese Art und Weise gebaut wird, sondern – und auch das wurde mir von Dr. Marhold und Koblmüller immer gesagt – sehr gut vorbereitet, selber als Bauherr dieses Bauwerk zu errichten.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Mit dem bisherigen Ausführungen haben Sie, meiner meines Erachtens nach, mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet sind. Aber zum Glück haben wir noch viele Runden, wo wir in die Tiefe gehen können, auch zu Fragen der Wählertäuschung.

Aber ich möchte mit etwas Grundsätzlichen beginnen, da Sie so oft betont haben, wie stark Sie getrennt haben zwischen operativer Führung im KAV und Ihrer Rolle als Stadträtin. Der bisherige Eindruck von vielen Zeugen war genau das Gegenteil, nämlich, dass mit Ihnen als Stadträtin operativ in den KAV hineinregiert worden ist. Der Herr Prem zum Beispiel hat gesagt, dass es im KAV Personen mit speziellen Rollen gab, die direkt an das Stadtratsbüro berichtet haben müssen. Oder auch ein Janßen, der so-gar gesagt hat, dass es manche Personen gab, die die Rolle eines Politikoffiziers eingenommen haben – das zitiert Janßen –, und das hat er selbst mit Mechanismen der DDR in seiner Aussage verglichen. Daher gibt es bezüglich dieser Trennung KAV und Politik sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von den Zeugen, die hier waren.

Ich mache es jetzt an einem konkreten Beispiel festmachen, nämlich der Assistentin von Herrn Janßen, Mirijam Müller, ehemalige Vorsitzende vom VSStÖ, die laut Aussage von Janßen nicht seine Wunschpersonalentscheidung war, sondern ihm vom Stadtratbüro mitgegeben worden ist. Und da ist die Frage: Wie war dann bei solchen Entscheidungen die Trennung oder was haben Sie davon gewusst?

Mag. Sonja Wehsely: Da ist es für mich ein bisschen wieder die Frage, wie ernst nehmen wir das alles. Würden Sie mir bitte die Zitate von Prem, Janßen zum Nachlesen geben, dann kann ich gerne dazu Stellung nehmen.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich habe sie ausgedruckt.

Mag. Sonja Wehsely: Ich habe die Protokolle nicht gelesen, daher tu ich mir jetzt ein bisschen schwer, da eine Antwort darauf zu geben.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Genau, ich kann es wortwörtlich zitieren.

Mag. Sonja Wehsely: Können Sie es mir bitte geben, das Protokoll, dann kann ich es nachlesen.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich gebe es Ihnen gerne, wenn Sie es möchten. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mag. Sonja Wehsely: Da fehlt aber der Zusammenhang mit der Frau … Okay, ich darf nur zitieren, was jetzt mir gerade gesagt wurde, was Herr Janßen gesagt hat, was er hier dem Protokoll nach, das aber jetzt nicht das Protokoll der Untersuchungskommission ist, sondern eine NEOS-Mitschrift, aber ich lese es einmal vor.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Es ist das Originalprotokoll, nur herauskopiert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Nein, es ist ein Exzerpt, nehme ich an.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich habe es nur rauskopiert, Frau Wehsely. Ich weiß nicht, warum Sie bei dieser Frage so nervös und ausfallend werden. Sie können es einfach beantworten.

Mag. Sonja Wehsely: Wenn Sie aus Deutschland kommen, eine historische Vergangenheit zumindest ganz früh antizipiert haben, da doch gerade im Osten Deutschlands die Partei ein sehr starkes Gewicht hatte, da kommen Sie natürlich unweigerlich zu den Vergleichen und sagen, es hat in manchen Positionen die Rolle des Politoffiziers gegeben, der bestimmte Wahrnehmungen vielleicht an bestimmten Stellen hätte platzieren wollen.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Danke, für das Wiederholen.

Mag. Sonja Wehsely: Ich glaube nicht, dass Frau Müller für mich – NEOS-Zitat: Ich glaube nicht, dass Frau Müller für mich eine Politoffizierin gewesen ist, sagte Herr Janßen nach Ihren eigenen Mitschriften. Also gut, also das einmal zu dem.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Frau Wehsely, ich habe Ihnen gesagt, das ist das Originalprotokoll.

Mag. Sonja Wehsely: Ja, ja, das ist das Originalprotokoll, das ich ja gerade vorgelesen habe. (Die Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Ich habe ja Ihr, ich habe ja das Originalprotokoll vorgelesen, das war genau der Punkt.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Frau Vorsitzende, die Frage wird überhaupt nicht beantwortet.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Ich möchte …

Mag. Sonja Wehsely: Oh ja, ich beantworte die Frage.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Nein, nein, nein …

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Nicht ansatzweise.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Was war jetzt die Frage, bitte?

Mag. Sonja Wehsely: Die Frage war nach der Frau Müller.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Die Frage war, was Ihre Wahrnehmung war von der Frau Mirijam Müller, die Janßen nicht selbst ausgewählt hat, wie er selbst gesagt hat, sondern die ihm vom Stadtratsbüro empfohlen worden ist. Meine einfache Frage war, was war Ihre Rolle in dieser Situation.

Mag. Sonja Wehsely: Ich beantworte die Frage gerne, ich halte nur fest, dass Ihre mir zunächst vorgehaltene angebliche Aussage des Generaldirektors nicht stimmt, weil sie nie im eigenen …

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich habe sie wortwörtlich vorgelesen.

Mag. Sonja Wehsely: Nein, Sie haben sie, Sie haben sie nur … (Zwischenruf) Soll ich, ich kann sie gerne noch einmal vorlesen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Nein, nein, bitte nicht noch einmal vorlesen.

Mag. Sonja Wehsely: Ja aber, Frau Vorsitz …

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Wir haben jetzt diese Variante im Protokoll, wir haben das, was Sie vorgelesen haben, im Protokoll. Es kann sich jeder ein Bild davon machen. Und bitte, wenn Sie nur die Antwort geben zu der Frage, was Ihr persönlicher Eindruck war.

Mag. Sonja Wehsely: Ja, sehr gerne. Die Frau Mirijam Müller habe ich kennengelernt aufgrund meines sehr starken Engagements, mit Vertretern verschiedener Berufsgruppen immer im Kontakt zu sein. Das waren Ärzte, das war die Pflege, das waren medizinisch-technische Assistenten, das waren aber auch die Studierenden. Und Frau Mirijam Müller, die damals Mitte Zwanzig war, war Funktionärin der Österreichischen Hochschülerschaft, und es ging damals – und das war mein Bezug zu ihr – um ein Bundesgesetz, das das klinisch-praktische Jahr geschaffen hat, das aber dann nicht vorgesehen hat, dass die jungen Ärztinnen und Ärzte dafür Geld bekommen. Und da habe ich mich sehr eingesetzt dafür, dass wir eine Lösung finden. Frau Mirijam Müller hat das Studium ab-geschlossen und Herr Generaldirektor Janßen hat da-mals, der frisch nach Wien kam – das hat er, glaube ich, eh berichtet, –und dann ein halbes Jahr da war, hat er dann auch nachgefragt, ob man irgendwelche Vorschläge hat. Und ein konkreter Vorschlag, auf Grund dessen, dass sie Medizinerin war, jedenfalls die Universität und die MedUni sehr gut kennt, die ja ein wesentlicher Teil im Krankenanstaltenverbund war, hat der Herr Mag. König dem Herrn Prof. Janßen Mirijam Müller vorgeschlagen. Und Herr Prof. Janßen war vollkommen frei in seiner Entscheidung, sie zu nehmen oder nicht zu nehmen. Er hat sich für sie entschieden, und vielleicht haben Sie da auch dieses Zitat, wo er gesagt hat, dass er sie sehr, sehr geschätzt hat.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum Sie bei einer so einfachen Frage so empört reagieren und nicht einfach sachlich auch antworten. (Zwischenruf) Aber man merkt anscheinend ein Wespennest, wenn der Herr Fürnkranz oder der Herr Stürzenbecher sich zu Wort melden. Wenn sich Herr Stürzenbecher zu Wort meldet, dann weiß man, dass man auf einem Punkt auch drauf ist.

Aber da dahinter ist die Frage: Wie hat Sie Herr König darüber informiert? Ich gehe davon aus, wenn Herr König da die Empfehlung ausspricht, wer beim Herrn Janßen arbeiten soll, dass es da vorab Gespräche mit Ihnen gibt. Gab es davor so ein Gespräch?

Mag. Sonja Wehsely: Herr König hat mich darüber informiert, dass er dem Herrn Janßen diesen Vorschlag gemacht hat. Herr Wiederkehr, nur um das auch fürs Protokoll ganz klarzustellen: Ich verwahre mich dagegen, dass junge engagierte, gut ausgebildete Frauen, weil sie sich politisch engagieren, hier in Misskredit gezogen werden. Das tun Sie, und dem werde ich nicht zustimmen. Wenn Sie probieren, das zu erreichen, indem Sie nur zum Teil zitieren, dann finde ich das keine richtige Vorgangsweise und das erlaube ich mir auch hier zu sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Noch eine Frage.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Die Frage wurde nicht beantwortet.

Mag. Sonja Wehsely: Die Frage wurde nicht beantwortet?

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Es geht mir nicht um die Entscheidung, was Frau Müller macht, sondern es geht um Ihre politische Entscheidung, wo Sie auch in den KAV hineinregiert haben, wie eben sehr, sehr viele unterschiedliche Zeugen gesagt haben, wie ich auch aufgezeigt habe. Es waren sehr unterschiedliche Personen, die das auch so dargestellt haben.

Ein anderes Beispiel ist in diesem Fall die Frage der Krisenkommunikation im Bereich des Krankenanstaltenverbundes. Hier gab es ja einen Auftrag von über 800.000 EUR, wobei einen Großteil der ehemalige SPÖ-Bundesgeschäftsführer Herr Kalina bekommen hat. Herrn Janßen habe ich auch danach befragt - ich weiß nicht, ob Sie die Protokolle gelesen haben -, und er hat da ganz klar gesagt, dass er nicht entschieden hat, welche Kommunikationsmaßnahmen hier getätigt werden, sondern das vom Stadtratsbüro ausgegangen ist, obwohl der Auftrag durch den KAV war. Das heißt, die Frage konkret in diesem Fall: Wie oft waren Sie mit Herrn Kalina im Gespräch und wie sehr haben Sie vom Stadtratsbüro hier die Kommunikation des KAV geleitet?

Mag. Sonja Wehsely: Das sind aus meiner Sicht zwei Fragenkomplexe, das eine ist die Frage der Ausschreibung, die betrifft ja nicht nur das Krankenhaus Nord, sondern darüber hinaus, wo der Herr Kalina die Ausschreibung gewonnen hat. Damit habe ich gar nichts zu tun und habe mich in keiner Art und Weise eingebracht. Ich war mit dem Herrn Kalina in der Zeit als amtsführende Stadträtin vielleicht drei-, viermal bei Terminen dabei, wo er auch war, aber ich habe da keinerlei Einfluss auf diese Ausschreibungen, weder auf die Ausschreibung noch auf die Entscheidung genommen

Zur Frage - damit es da auch nicht so im Raum stehen bleibt -, es musste mit dem Stadtratsbüro abgesprochen werden. (…) Ja, und das war eben in meinem Ressort auch so, aber nicht nur beim KAV, sondern ich kann es Ihnen verraten, auch bei der MA 40, auch bei der Sucht- und Drogenkoordination, auch bei der MA 24, auch bei allen anderen Bereichen, für die ich verantwortlich war, weil das auch eine Frage der politischen Verantwortung ist. Das kann ich jetzt - damals hatte ich nicht diese Erfahrung - nach eineinhalb Jahren im Management in einem multinationalen Unternehmen sagen, dort ist es genauso.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Das haben Sie tatsächlich geglaubt, Frau Wehsely? ich meine, zu diesem Zeitpunkt haben wir schon so viele Diskussionen, über das Krankenhaus Nord, über das, was alles nicht funktioniert in der Öffentlichkeit gehabt. Also, so blauäugig sind Sie nicht, dass sie damals wirklich alles … Sie haben zwar verteidigt, Sie haben uns immer erklärt, die Welt ist in Ordnung, aber ich bin überzeugt, dass Sie selbst schon gewusst haben, dass es durchaus große Mängel gibt. Aber das nur am Rande.

Ich komme jetzt vielleicht nur ganz kurz zum Herrn Janßen, denn es war sehr interessant, Frau Ederer, die ja hier auch als Zeugin war, hat gemeint, die Bestellung von Uwe Janßen ist vielleicht nicht so eine gute Idee gewesen, weil es halt so ist, dass in Österreich deutsche Ma-nager einzusetzen, nicht so ideal sei, weil das bei uns halt doch ein anderes Biotop ist. Jetzt auch wieder natürlich im Nachhinein gefragt: Glauben Sie, dass die Einsetzung von Herrn Janßen nachteilig war beziehungsweise, nehmen wir es gleich zusammen, auch Balázs. Hat sich der Führungswechsel zu Janßen und zu Balázs als nachteilig herausgestellt oder meinen Sie, dass das die richtige Lösung war?

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Frau Wehsely, auch zum Halbsatz dazwischen, wenn Sie wollen.

Mag. Sonja Wehsely: Den habe ich jetzt vergessen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Dann war er nicht wichtig.

Mag. Sonja Wehsely: Vielleicht doch. Bitte, Frau Vorsitzende, können Sie mich aufschlauen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Dass Sie damals schon gewusst haben …

Mag. Sonja Wehsely: Ah, ja. Frau Korosec, Frau Abgeordnete, ich sage hier unter Wahrheitspflicht aus und bin mir als Juristin auch vollkommen bewusst, was das bedeutet. Daher sage ich Ihnen jetzt hier die Wahrheit. Dass im politischen Diskurs immer Dinge diskutiert werden, da haben Sie vollkommen Recht. Tatsache ist aber, dass Marhold und Koblmüller und auch diverse Revisionsberichte bestätigt haben, dass es, so wie das aufgesetzt ist und wie es läuft, richtig ist. Da gab es keinen Grund für mich, daran zu zweifeln, wiewohl ich mich sehr intensiv informieren habe lassen, aber nicht daran gezweifelt habe.

Zu Ihrer Frage Janßen und Balázs: Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass diese Grundkonstruktion, die ich sozusagen hier erdacht habe, mit einem Generaldirektor, einem Finanzer und einem Organisationsmenschen im Vorstand, überhaupt mit dieser Vorstandsschaffung, die es ja sozusagen vorher nicht gab, der richtige Weg ist. Ich bin der Meinung, dass Janßen und Balázs das Krankenhaus Nord sehr gut unter den Rahmenbedingungen, die sie da vorgefunden haben, weiterentwickelt haben. Das war jetzt nicht Ihre Frage, aber ich glaube, ich muss sie so beantworten, um da auch zu Ihrer Zufriedenheit antworten zu können: Ich kannte weder Janßen noch Balázs davor, und Janßen ist in beiden Verfahren, in einer Kommission, der ich nicht angehört habe, eindeutig als Erster hervorgegangen. Ich habe beide Dinge nicht entschieden, das eine war die Entscheidung des KAV, das andere die Entscheidung der Magistratsdirektion und dann des Bürgermeisters, aber ich würde bei beiden, wenn ich gefragt würde, ob man das so machen soll, wieder Ja sagen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Wehsely, Frau Brauner hat gesagt, es haben regelmäßig Budgetkontrollen im Finanzressort stattgefunden, aber die Letztverantwortung war immer bei den Stadträtinnen. Also, weil wir gefragt haben, wie das eigentlich grundsätzlich auch mit dem EIB-Kredit war. Wörtlich sagte sie: Ansonsten ist es die Entscheidung des zuständigen Stadtrates, weil sonst könnte die Finanz eh gleich alles selber machen. Gleich-zeitig erhielten wir bei der Befragung des Finanzdirektors Neidinger den Eindruck, dass er völlig selbstständig Entscheidungen traf - Stichwort: zweite Kredittranche. Andererseits sagt er aber wiederum, dass Sie für das Globalbudget Gesundheit alleinverantwortlich waren.

Herr König hat erklärt, er habe zwar Ihnen und Frau Brauner Informationen gegeben, es hat einen Informationsaustausch gegeben, denn natürlich mussten die bei-den Stadträtinnen das Geld freigeben. Also, ich muss ganz offen sagen: Wer ist jetzt eigentlich tatsächlich für die Finanzen verantwortlich gewesen? Das kann man daraus nicht erkennen.

Mag. Sonja Wehsely: Frau Korosec, da haben Sie vollkommen recht. Aus dem, was Sie da jetzt gesagt haben, kann man es nicht erkennen. Ich sage jetzt einmal, nur Sie sind so lange im Geschäft, dass Sie natürlich wissen, wie es ist und wie die Zuständigkeiten sind. Wir haben in der Stadt ein System, das man jetzt für gut oder schlecht halten kann. Ich halte es für enden wollend intelligent, und zwar nicht jetzt, seit ich ausgeschieden bin, sondern ich habe das immer schon gesagt, mit diesen Jahresbudgets. Deshalb gab es auch mein großes Engagement, den KAV von einer Unternehmung zu einem Unternehmen zu machen, war der KAV nach der Schaffung des Aufsichtsgremiums der erste Bereich der Stadt, der eine Mehrjahresplanung vorgelegt hat und auch vom Gemeinderat beschließen hat lassen, und zwar sowohl was das laufende Budget, den Betrieb betrifft, als auch was die Investitionen betrifft. Da waren wir die ersten, die das gemacht haben, und ich würde jetzt einmal nicht sagen, dass mich die Finanzverwaltung - die Frau Stadt-rätin Brauner schon - in diesem meinen Ansinnen irrsinnig unterstützt hätte. Das wäre jetzt nicht so meine Erinnerung. Daher wissen Sie es, insgesamt ist es bei der Finanz so, da gibt es dann auch jedes Jahr die Diskussion, was im Globalbudget ist und was im Laufe des Jahres, insbesondere was Investitionen betrifft, noch verhandelt wird. Genauso ist es.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Ich gehe noch einmal in ein früheres Stadium zurück. Herr Dipl.-Ing. Dr. Koller hat letztes Mal hier als Mitglied der Bewertungskommission ausgesagt, dass er als einziges Mitglied seine Zustimmung betreffend Verhandlungen mit nur einem einzigen Bieter verweigert hat, und zwar mittels eines eingeschriebenen Briefes an Dr. Marhold. Er hat als Grund ausdrücklich angegeben, dass man aus seiner Sicht keinen Wettbewerb hat, wenn man nur mit einem verhandelt, und dass er das rechtlich für bedenklich hält. Was war die Reaktion des KAV auf dieses Schreiben? Was war Ihre Reaktion auf das Schreiben? Hat man eine rechtliche Expertise eingeholt, dass die Vorgangsweise okay ist, mit nur einem zu verhandeln? Und wenn ja: Wer hat denn das rechtlich bewertet?

Mag. Sonja Wehsely: Auch das war eine klar operative Frage, die der Krankenanstaltenverbund zu beurteilen hatte und auch beurteilt hat. Man kann jetzt auch wieder nur im Nachhinein sagen, da ja jetzt, also jetzt schon seit 2010, der Kontrollamtsbericht vorliegt, der zwar das Verfahren kritisch sieht - ich habe ja vorher daraus zitiert -, der aber keine rechtliche Möglichkeit sieht. Also, damit ist dieser Vorhalt jedenfalls vom Kontrollamt auch saniert worden.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Noch eine Aussage vom Herrn Koller von letzter Woche, es ist zumindest von der Reihenfolge her ein bisschen heikel: Er sagt hier aus, dass er bei der letzten Sitzung, die am 20. 2. 2008 war, von der Bewertungskommission, in der die Empfehlung beschlossen wurde, mit dem Konsortium PSV in Vertragsverhandlungen zu treten, zu spät gekommen ist, weil er zu einem anderen Zeitpunkt geladen wurde, nämlich zu einem späteren, und deswegen nicht rechtzeitig dort sein konnte, was auch für den Architekten Haiden gilt, der ebenfalls verspätet zu der Sitzung gekommen ist, weil er zu einem späteren Zeitpunkt geladen wurde. Als er ge-kommen ist, hat das Konsortium bereits jubiliert, gefeiert und gesagt, sie haben den Auftrag bekommen, obwohl formal kein Beschluss vorlag, der zu unterzeichnende Beschluss aber als Tischvorlage da war, und alle anderen Bewertungskommissionsmitglieder, die anwesend waren, Magistratsbedienstete waren. Das ist die Zusammenfas-sung von Herrn Koller. Wollte man hier möglichen Wider-spruch von Herrn Koller oder von Herrn Haiden vermei-den? Wie entkräften Sie den Eindruck, dass hier eine bereits länger feststehende Entscheidung nur noch formal abgesegnet werden sollte?

Mag. Sonja Wehsely: Nur eine Verständnisfrage: Handelt es sich da um die Bewertungskommission des Grundstücks, oder was ist das für eine Bewertungskommission? Ich kenne nämlich Herrn Koller gar nicht, aber zeitlich muss es sich, glaube ich, um die Bewertungs-kommission des Grundstückes handeln, oder?

GR David Ellensohn (GRÜNE): 20. 2. 2008, Bewertungskommission, in der letztlich die Empfehlung beschlossen wurde, mit dem PSV-Konsortium in Vertragsverhandlungen zu treten.

Mag. Sonja Wehsely: Okay. Mir ist dazu weder etwas erinnerlich, aber ich könnte darüber hinaus sagen, ich glaube, auch gar nicht bekannt. Wenn Sie sagen - wann: 2008? -, jetzt haben wir 2018: Also würde da eine Validität sein, wäre ja seither irgendetwas passiert, und das ist es offensichtlich nicht. Aber ich habe keine Erinnerung und ich würde jetzt auch sagen: Mir ist keine Information erinnerlich.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): (…) Aber kommen wir jetzt zu einem anderen Punkt. Sie haben vorher - ich wiederhole es absichtlich - bezüglich der Änderung von Generalunternehmer zu Aufteilung auf Einzelgewerke gesagt, Marhold und Koblmüller hätten Ihnen das vorgeschlagen. Stimmt das? Haben Sie das gesagt?

Mag. Sonja Wehsely: Können Sie das bitte noch einmal wiederholen.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Marhold und Koblmüller hätten die Änderung vom Generalunternehmer-PPP-Modell auf Einzelgewerke vorgeschlagen. Stimmt das?

Mag. Sonja Wehsely: Ja.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Gut. Da muss ich Sie darauf hinweisen, dass erstens ein Kontrollamtsbericht 2009 vom jetzigen Magistratsdirektor Hechtner vorliegt, der sich eindeutig gegen ein Generalunternehmen stellt. Diesbezüglich gibt es ja auch entsprechende Gespräche mit dem Generaldirektor, der gesagt hat, er wird sich hüten, gegen das Kontrollamt etwas zu sagen. Er hat sich dann auch durch ein Gutachten von Professor Kropik abgesichert, der auch gesagt hat, man kann das Generalunternehmerprojekt durchaus durch eine Aufteilung in Einzelgewerke ersetzen.

Ich muss feststellen, dass Sie versuchen, die Schuld auf die Beamten, die Generaldirektion abzulenken, obwohl der Hauptentschluss, dass man da auf einen Generalunternehmer verzichtet und auf Einzelgewerke umschwenkt, der Kontrollamtsbericht von 2009 war und natürlich auch das Absicherungsgutachten von Kropik.

Ist Ihnen der Kontrollamtsbericht 2009 bekannt, der gesagt hat, Generalunternehmen ist ungünstig?

Mag. Sonja Wehsely: Eines nach dem anderen, sehr gerne, und ich weiß nicht, ob ich Sie langweile. Ich kann gerne das, was ich vor ungefähr einer dreiviertel Stunde aus dem Kontrollamtsbericht vorgelesen habe, nochmals vorlesen, denn ich habe genau die Frage, wo Sie meinen, ich möchte auf irgendwen irgendetwas abschieben, von Frau Mörk geantwortet: Es gab drei Gründe.

Der erste Grund war der Kontrollamtsbericht. Da habe ich zwei wesentliche Passagen vorgelesen. Man wird das im Protokoll nachlesen können. Der zweite Grund war, dass es der einfachere Weg war zu Geld von der Europäischen Investitionsbank zu kommen. Und der dritte Grund war, dass man sich mit dem Konsortium auf keinen Preis geeinigt hat.

Dann habe ich, auch schon vor einer dreiviertel Stunde, gesagt, da gab es dann keinen Gremiumsbeschluss, sondern wir haben darüber geredet. Das war der Vorschlag, und ich habe dem vollkommen zugestimmt und würde das mit dem Wissen von damals genauso wieder entscheiden, gemeinsam mit dem Management.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Aber trotzdem haben Sie vorher gesagt, Sie haben das sogar zugegeben, dass Marhold und Koblmüller Ihnen das vorgeschlagen haben und ihnen dadurch eine Mitverantwortung zugewiesen, die sie ja nie hatten, denn wenn das Kontrollamt etwas sagt, dann hat die Generaldirektion überhaupt nichts zu sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Es war nur eine Frage von vorher mit dem Fertigstellungsdatum offen, dass Sie ein Datum genannt hätten, das nicht mit dem Bericht übereingestimmt hat.

Mag. Sonja Wehsely: Ich möchte nur auch da vielleicht noch einen Punkt sagen. Ich möchte noch einmal den Paragraf 7 der Geschäftsordnung des Magistrats zitieren: "Die amtsführenden Stadträte und Stadträtinnen sind in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs berechtigt, die Tätigkeit der ihrer Geschäftsgruppe zugewiesenen Bediensteten zu überwachen". Daher ist vollkommen klar, dass der Vorschlag vom Management kommen muss. Das ist auch der Vorschlag des Managements, und ich habe mich in keiner Art und Weise da an irgendwem abgeputzt, ich bin dem nachgekommen. Aber natürlich ist es die Aufgabe des Managements, einen solchen Vorschlag zu machen und den dann mit der amtsführenden Stadträtin zu erörtern.

Zur Frage der zeitlichen Eröffnung: Auch da sage ich Ihnen noch einmal, wiederhole ich noch einmal das, was ich vorher schon gesagt habe, dass die Frage der Terminveröffentlichung für mich ganz klar war, dass Termin-verschiebungen immer erst dann öffentlich und damit sozusagen akzeptiert durch die Stadt bekanntgegeben werden, wenn ganz klar ist, dass gar keine Chance mehr ist, diese Zeit aufzuholen, weil man sonst dauernd dem Termin nachgelaufen ist, und wie das Amen im Gebet sozusagen klar war, dass das schon selbstverständlich ist und wieder drei Monate draufkommen. Daher geht es da nicht darum, irgendwem etwas nicht gesagt zu haben, sondern da geht es darum, das Projekt zu schützen und den Steuerzahler zu schützen.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben die Quartalsberichte der begleitenden Kontrolle nicht gelesen, obwohl eigentlich 2012 genau der Generaldirektor Janßen damit beauftragt wurde, Ihnen diese Prüfberichte. (GR Peter Florianschütz: Wo ist jetzt die Frage? Sie behaupten dauern etwas! Wo ist die Frage?) - Haben Sie jetzt keinen - ich weiß nicht, warum Sie da nervös werden - einzigen Prüfbericht gelesen, obwohl an sich Generaldirektor Janßen nachweislich betraut war, diese Ihnen vorzulegen?

Mag. Sonja Wehsely: Herr Generaldirektor oder vormals Finanzvorstand Janßen war 2012 noch gar nicht da, denn Sie sprechen gerade von 2012.

GR Dr. Günter Koderhold (FPÖ): Ich spreche von 2015.

Mag. Sonja Wehsely: Die Berichte der begleitenden Kontrolle sind keine Dokumente, die dem Stadtrat, der Stadträtin vorzulegen sind. Das ist auch richtig so, denn es ist eine operative Tätigkeit und die muss der General-direktor, Generaldirektor-Stellvertreter, das Management verantworten.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich gehe auf den Punkt zurück, den Herr Ellensohn angesprochen hat, wo Sie gesagt haben, Sie können sich nicht erinnern. Ich gebe Ihnen vielleicht noch ein Stichwort. Am nächsten Tag war die SPÖ-Klubklausur in Rust, wo dann die Entscheidung verkündet und auch groß kommuniziert worden ist, dass man entschieden hat, das Spital auf diesem ÖBB-Areal umzusetzen. Am Tag davor, also am Tag vor der Klubklausur der SPÖ, gab es eben diese Entscheidung über dieses Grundstück und das Konsortium. Viel-leicht mit dem Stichwort: Ist Ihnen da etwas in Erinnerung, ob man vor der Klubklausur gewusst hat, jetzt muss eine Entscheidung getroffen werden?

Mag. Sonja Wehsely: Also, ich muss das noch konkretisieren, weil ich das möglicherweise missverständlich gesagt habe. Über das Ergebnis dieser Bewertungskommission wurde ich natürlich vom Herrn Generaldirektor informiert, aber ob dieser mir nicht bekannte Herr Koller gekommen ist, zu spät gekommen ist, davon habe ich meiner Erinnerung nach nie Kenntnis erlangt.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Entscheidungszeitraum.

Mag. Sonja Wehsely: Aja, zum Entscheidungszeitraum: Ich habe ganz sicherlich niemals einen Termin der - wie heißt das? Findungskommission? Nein anders: Bewertungskommission - beeinflusst. Also, damit habe ich nichts zu tun. Das hat der Generaldirektor gemacht oder vielleicht auch die Stadtplanung. Ich möchte jetzt gar nicht … Ich habe mit der Terminfindung, wann sich diese Kommission trifft, nichts zu tun, niemals gehabt.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Sie haben nicht beeinflusst, dass vor der SPÖ-Klubklausur so eine Entscheidung zustande kommt?

Mag. Sonja Wehsely: Nein.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Dann letzte Frage: Ausstieg aus den Verhandlungen mit dem Konsortium?

Mag. Sonja Wehsely: Aber Entschuldigung, nur um das auch ganz klar zu sagen, ich habe auch null Grund gesehen, wenn diese Entscheidung getroffen wurde, sie dann dort nicht bekanntzugeben.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Größeres Thema, die Entscheidung aus den Verhandlungen mit dem Konsortium auszusteigen, das ist ja keine kleine Entscheidung gewesen: Mich würde interessieren, wie Sie sich damals informiert haben, ob so ein großes Krankenhaus überhaupt durch den KAV errichtet werden kann. Das ist ja eine gravierende Entscheidung: Schaffen wir es selber oder schaffen wir es nicht selber? Was für Informationen haben Sie sich da beschafft und wie sind Sie zu der Entscheidung gekommen, die Verhandlungen abzubrechen?

Mag. Sonja Wehsely: Also, ich wiederhole es jetzt nicht noch einmal, wenn das in Ordnung ist, ich kann es gerne noch einmal machen. Der wesentlichste Punkt war natürlich dieser Kontrollamtsbericht. Ich lese jetzt einmal hier nur die Stellungnahme des Krankenanstaltenverbundes vor, weil die sozusagen schon auch sehr viel dar-über sagt, wo denn diese Information herkommt. Auf diesen Vorhalt des Kontrollamtes - ich sage es jetzt ein-mal in meinen Worten, in den Worten des Kontrollamtes eigentlich auch -, das dieser generalgarantierten Maxi-malpreisvariante sehr kritisch gegenüber steht, sagt dann der Krankenanstaltenverbund - Sie haben diesen Bericht alle, zur Umsetzung dieses eben anderen Plans -, hat der KAV folgende Maßnahmen gesetzt: Unmittelbare Einräumung der Option auf den Kauf der Liegenschaft durch den KAV mit der Option vom 27. Februar; Regelung der Vermeidung von Schadenersatz im Zusammenarbeitsvertrag vom 18. Dezember; KAV-seitig bereits erteilte Aufträge aufgrund EU-weiter Ausschreibungen für folgende Leistungen: Architekturplanung, Raum- und Funktions-programm, Bau- und Ausstattungsbeschreibung, begleitende Kontrolle, Betriebsorganisation und Agenturleistungen.

Warum sage ich das? - Weil das auch die Information war, die mir Generaldirektor Marhold und Generaldirektor-Stellvertreter Koblmüller gegeben haben. Wir haben zwei gleichwertige Varianten. Die eine Variante ist, wir kommen - das habe ich schon zweimal gesagt, ich möchte es noch einmal sagen, damit es klar ist - mit dem Konsortium auf einen grünen Zweig – Klammer auf - (der grüne Zweig wurde neben allen Fragen nie erreicht, es gab nie eine Einigung auf einen Preis). Aber wenn nicht, haben wir kein Problem, denn wir sind sehr gut aufgestellt, dieses Krankenhaus selbst zu bauen. Das war die Information, die ich vom Generaldirektor und Generaldirektor-Stellvertreter bekommen habe, die sich auch in der Stellungnahme des KAV zum Kontrollamtsbericht verschriftlich sieht, wo es auch …

Sie kennen ja das System mittlerweile, wenn eine Magistratsabteilung oder eine Einheit der Stadt eine Stellungnahme abgibt, wo das Kontrollamt - ich sage es einmal flapsig, in meinen Worten - der Meinung ist, na gut also so leicht können es sich die nicht machen, gibt es eine sogenannte Gegenäußerung, wo das Kontrollamt dagegen äußert und sagt: Das Kontrollamt sieht aber weiterhin, dass irgendetwas … Das ist in diesem Fall aber nicht passiert. Der KAV legt hier dar, was er tut und warum das kein Problem ist, und das Kontrollamt nimmt es zur Kenntnis. Und ja, da hat dann auch die Frau Wehsely keinen Grund gesehen, das nicht zur Kenntnis zu nehmen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Wehsely! Haben Sie es zur Kenntnis genommen oder haben Sie es entschieden? - Zurückkommend auf die Frage von Herrn Wiederkehr.

Mag. Sonja Wehsely: Es hat mir das Management vorgeschlagen, diesen Schritt zu gehen, nämlich zu widerrufen, und ich habe dieser vom Management vorgeschlagenen Vorgangsweise zugestimmt.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ich komme jetzt zurück zum Grundstück. Sie haben gleich am Anfang gesagt, eigentlich war das Grundstück ÖBB ziemlich von Anfang an sozusagen favorisiert. Also, so habe ich es nicht in Erinnerung. Bei den Bewertungen war am Anfang eigentlich das Siemens-Grundstück besser bewertet. Aber bitte, Sie haben recht, letztendlich ist es zu diesem dann gekommen. Jetzt komme ich nur auf die hohen Kosten. Es wurde damals ja festgelegt - also auch der Rechnungshof -, 300 EUR pro Quadratmeter ist der Höchstpreis. Mit 292 hat man abgeschlossen. Es war aber bekannt, und das war Ihnen auch bekannt, dass eine Reihe von Schutzmaßnahmen notwendig ist, damit eben sozusagen dieser Spitalsstandort überhaupt geeignet ist. Es hat sich herausgestellt, dass das über 20 Millionen waren, einerseits Elektromagnetismus 11 Millionen, gegen die Vibrationen 5 Millionen und so weiter. Das heißt, 36 Millionen war grundsätzlich die Summe an die ÖBB und 20 Millionen oder 21 Millionen war dann sozusagen der Aufwand noch dazu. Das bedeutet, dass der Grundstückspreis natürlich nicht 292 war, sondern über 500 EUR. Haben Sie da diese Kosten rechtfertigen können? Ist darüber nicht diskutiert worden?

Mag. Sonja Wehsely: Also, da könnte ich es mir jetzt einfach machen, mache es mir aber nur im ersten Satz einfach und erkläre dann gerne etwas dazu, das ist ganz nämlich klar. Da gab es einen einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates dazu, und wenn es einen einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates gibt, ist alles, was vorher irgendwer mit irgendwem irgendwo abgewogen hat, dadurch saniert. Also, lassen wir das einmal so stehen. Es gibt einen einstimmigen Beschluss des Gemeinderates, ich glaube, vom März 2010, wenn ich mich richtig erinnere, ich glaube, 10. März 2010, aber nageln Sie mich nicht fest. Es gab aber einen einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates, dieses Grundstück zu kaufen, mit Ihrer Stimme auch. Ich glaube, es war nur die NEOS; denn die waren noch nicht dabei, aber sonst haben alle Fraktionen dem zugestimmt. Also, das können wir dann gemeinsam diskutieren: Haben wir da vielleicht miteinander etwas Falsches entschieden? Aber das ist jetzt keine Frage.

Was hat die Frau Stadträtin gemacht? Ich sage auch noch einmal ganz klar, um es mir jetzt nicht mehr einfach zu machen: Ich würde es genauso wieder entscheiden, weil ich der Meinung bin, dass dieser Ort für ein Spital der beste Ort ist. Das zweite Grundstück, das Sie genannt haben, das einmal vorne war, das habe ich jetzt gar nicht mehr in Erinnerung, aber die Siemensgründe sind viel, viel weiter draußen. Ich kann mich erinnern, dass mich da manchmal die Brigitte Ederer, die damals ja bei Siemens war, angeredet hat, weil die gerne gehabt hätte, dass die U-Bahn verlängert wird. Das war immer so ein Henne-Ei-Problem. Ich habe dann gesagt: Weißt was, lass mich in Ruhe, ich mische mich da ganz bestimmt und ganz sicher nicht ein.

Aber, um noch einmal ganz klar zu sagen: Ich halte das für das richtige Grundstück, ich würde es jetzt auch mit allem Wissen, das ich habe, genauso wieder entscheiden beziehungsweise das sozusagen vorlegen. Sie wissen, ich habe da überhaupt nichts vorgelegt, weil das nicht einmal durch meinen Ausschuss gegangen ist, sondern das irgendwo im Planungs- oder so irgendetwas Ausschuss war.

Zur Grundfrage, da kann man jetzt philosophisch reden: Was kostet ein Grundstück? Immer wenn du ein Grundstück kaufst, hast du entweder Glück und findest einen Goldschatz, ist eher selten, dann gehört er auch dir, oder du findest Kontaminationen. Das war in dem Fall so und war auch zu erwarten. Ich halte es trotzdem für wichtig, dieses wichtige Gesundheitsbauwerk für die Wiener Bevölkerung dort zu bauen, wo die Leute gut hinkommen, auch wenn das ein Grundstück war, wo möglicherweise die Erschließungsmaßnahmen höher waren als woanders, wobei ich auch nicht weiß, wie das bei dem Siemensgrundstück gewesen wäre. Keine Ahnung, weiß ja niemand.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Nehme ich zur Kenntnis. Bezüglich Ihres jetzigen Jobs bei Siemens war für uns schon auch das Thema, dass Sie in Ihrer Rolle als Stadträtin Verträge mit Siemens immerhin in der Höhe von fast 14 Millionen EUR geschlossen haben. Das ist zumindest die Information, die uns in einer Anfrage gegeben worden ist. Das ist durchaus eine hohe Summe. Und dass Sie Ihren jetzigen Dienstvertrag vermutlicher Weise, wenn man sich die Zeitdauer ansieht, schon in Ihrer Periode als amtsführende Stadträtin verhandelt haben.

Wann genau ist der Vertrag mit Siemens zustande gekommen? Und gab es die Verhandlungen schon während Ihrer Amtszeit als Stadträtin?

Mag. Sonja Wehsely: Herr Abgeordneter, was wollen Sie mit dieser Frage insinuieren?

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich möchte wissen, ob Sie während der Zeit, als Sie Stadträtin waren, auch schon Gehaltsverhandlungen und Vertragsverhandlungen für Ihren zukünftigen Job geführt haben, weil ich das als politische Unvereinbarkeit sehe, dass man als Stadträtin mit einem Unternehmen seinen eigenen Vertrag verhandelt, mit dem man auch als Stadträtin Geschäfte abgeschlossen hat.

Mag. Sonja Wehsely: Aus meiner Sicht ist diese Frage nicht vom Untersuchungsgegenstand und auch nicht von meiner Ladung umfasst. Ich beantworte sie Ihnen aber gerne ein Mal. Ich habe in meiner Zeit als amtsführende Stadträtin auf keine einzige Vergabe, in welchem Bereich auch immer, Einfluss genommen. Ich habe in meiner gesamten Zeit als amtsführende Stadträtin nie-mals Siemens Vorteile zukommen lassen. Ich habe niemals von Siemens oder irgendeinem Mitarbeiter von Siemens einen Vorteil in Aussicht gestellt bekommen oder gar einen Vorteil bekommen. Ich habe meine Gespräche mit der Siemens GesmbH, Siemens Health Care GesmbH Deutschland, wenige Wochen vor der Bekanntgabe meines Ausscheidens aus der Politik begonnen und habe unmittelbar nach Vertragsabschluss die Öffentlichkeit über diesen Vertragsabschluss informiert.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ich habe auch keine strafrechtlichen Konsequenzen gemeint, weil Sie sich hier gerechtfertigt haben. Ich halte das einfach für moralisch fragwürdig und auch für eine politische Optik verheerend, wenn es so einen fliegenden Wechsel in ein Unternehmen wie Siemens gibt, das auch beim Krankenhaus Nord natürlich im Konsortium eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Für mich noch einmal die Frage: Der Vertrag mit Siemens wurde unterzeichnet, als Sie noch Stadträtin waren. Das war mir nicht ganz klar.

Mag. Sonja Wehsely: Ich habe Ihnen meine Antwort gegeben, von der ich schon der Meinung bin, dass sie nicht vom Verhandlungsgegenstand umfasst ist. Ich treffe des Öfteren bei internationalen Veranstaltungen den Herrn GR Gara, der für Sanofi tätig ist, der aufrechter Gemeinderat ist. Das ist vielleicht… halte ich auch für vollkommen in Ordnung. Ich würde Sie nur bitten (Zwischenruf), dass Sie mit Ihren Unterstellungen ein bissel aufpassen (Zwischenruf). Das letzte Mal vor drei Wochen.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Was das mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, wage ich auch zu hinterfragen (Zwischenrufe), aber…

Mag. Sonja Wehsely: Herr Wiederkehr! Das hat mit dem Untersuchungsgegenstand genauso viel zu tun wie Ihre Frage, nämlich nichts (Zwischenrufe – Heiterkeit bei Mag. Sonja Wehsely).

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Ja, selbstverständlich, dass Siemens im Bereich des Krankenhauses Nord relevant war (Zwischenrufe), ist ja nicht von der Hand zu weisen.

Meine letzte Frage: Halten Sie es für moralisch in Ordnung oder was halten Sie vom Vorschlag einer Pulling-off-Phase, dass man nach der Politik eine Zeitperiode nicht in Vertragsverhandlungen mit Unternehmen gehen darf, mit denen man vorher Geschäfte gemacht hat? Es geht um dieses Thema.

Mag. Sonja Wehsely: Ich habe überhaupt keine Geschäfte gemacht und habe keine einzige Entscheidung diesbezüglich getroffen. Die Frage, ob man das will oder nicht, obliegt dem Bundes- oder Landesgesetzgeber.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Mag. Wehsely! Ich komme noch einmal auf das Aufsichtsgremium zurück. Sie haben gesagt, der Dr. Bock ist aus Altersgründen ausgeschieden. Ist er das freiwillig oder ist er nicht mehr bestellt worden?

Mag. Sonja Wehsely: Ich kann mich an das Gespräch erinnern. Ich glaube, wenn ich ihn gebeten hätte, dass er noch bleibt, wäre er, glaube ich, noch geblieben. Aber das ist jetzt im Bereich der Spekulation. Aber für mich war sozusagen da klar, dass für die neue Periode, damit es eben auch eine Periode ist, die Frau Dr. Prehofer die geeignetere Vorsitzende ist. Aber das ist, wie gesagt, jetzt mehr Spekulation. Wir haben das so nicht diskutiert.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ich frage deshalb, weil der Herr Dr. Bock sich hier eigentlich eher kritisch geäußert hat und gemeint hat, die Zusammenarbeit mit Ihnen war schon gut, aber insgesamt hat es kein gutes Bild gegeben, weil die Empfehlungen hätten Sie meistens ignoriert, angeforderte Berichte von der begleitenden Kontrolle sind nicht vorgelegt worden und damit wurde die Arbeit des Gremiums nicht unterstützt. Also man erhielt den Eindruck, meinte er, dass Sie eigentlich keinen Input wollten. Das war so die Aussage. Sehen Sie das auch so?

Mag. Sonja Wehsely: Frau Korosec! Ich finde das in bissel unfair, dass Sie da so Halbzitate, weil ich kenne den Herrn… Ich habe jahrelang mit Herrn Dr. Bock zusammengearbeitet. Daher sage ich jetzt einmal - und ich habe das Protokoll vom Herrn Dr. Bock nicht gelesen. Aber was ich glaube, was sozusagen die Botschaft und auch seine Meinung war - wenn wir wirklich über Zitate reden, müsste man mir die gegeben, damit ich sie lesen und dann dazu Stellung… Ich nehme jetzt nicht zu dem, was Sie zitiert haben, Stellung, sondern zum Herrn Dr. Bock.

Es war schon meine ganz bewusste Entscheidung, bei der Bestellung des Aufsichtsgremiums überhaupt niemanden zu nehmen, der mir zuliebe alles wunderbar findet. Weil erste Reihe fußfrei alles super finden, da brauche ich kein Aufsichtsgremium dafür, das kann man sozusagen selbst veranstalten. Daher habe ich mit dem Herrn Dr. Bock, der von der Statistik Austria über die ÖIAG, Berater von diversesten Bundeskanzlern, Ministern, als …partner von Ernest & Young, und so weiter, jemanden ersucht, wo ich gewusst habe, sozusagen der sagt da die ehrliche Meinung. Und die Kritik, die Sie jetzt sozusagen mir gegenüber angebracht haben, glaube ich nicht, dass die mir gegenüber angebracht wird, sondern das war das Beschreiben, und da kann ich ihm nur hundertprozentig Recht geben, wie schwierig es war, das in dieser Struktur KAV zum Leben zu erwecken. Weil natürlich, da sage ich Ihnen jetzt auch kein Geheimnis, es war nicht so, dass dort sozusagen der Herr Dr. Marhold und der Herr Dr. Koblmüller die Welle gemacht haben und gesagt haben: Das ist ja super, da kommen jetzt lauter Leute von außen, mit denen wir regelmäßig sprechen müssen. Das war so eine wellenmäßige Bewegung zunächst einmal. Niemand hat gesagt „Nein“, weil es war klar, das ist entscheiden worden und da hat der Gemeinderat das Statut geändert, und so weiter, und so fort. Aber dann war schon zunächst einmal: Naja jetzt schauen wir, können wir die nicht anrennen lassen? Alles nur im Ergebnis zu messen, niemand hat das gesagt, ja. Und darauf, glaube ich, bezieht sich die Kritik des Herrn Dr. Bock und er hat vollkommen Recht. Also das war nicht sozusagen, ich hab‘ ihn anrennen lassen, sondern das war ein schwieriger Prozess. Und meine Wahrnehmung, ich weiß nicht, ob sich das mit seiner deckt, aber meine Wahrnehmung ist, dass eigentlich er sozusagen, als Janßen und Balázs das in die Hand genommen haben, weil die auch aus ihrem früheren Leben gewusst haben und gekannt haben, was Aufsichtsräte sind, ist es sozusagen zu einem normalen Arbeitsverhältnis geworden. Also wie gesagt, ich kenne die Zitate jetzt nicht, aber so würde ich einschätzen, dass seine Einschätzung ist.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Magistra, Sie haben gemeint, unter Marhold und Koblmüller war da alles in Ordnung, ist noch sozusagen grünes Licht gegeben worden, also es ist alles okay. Jetzt gibt es aber das Warn-schreiben der Haustechnikerfirmen, das stammt aus dem Jahr 2013. Und auch der Rechnungshofbericht, der ist später gekommen, sagt ja die ganze Zeit schon, es hat immer schon Probleme gegeben, von Beginn an problematisch, und mit der Zeit hat sich das immer mehr verschlimmert. Auch alle Zeugen sagen das eigentlich bisher aus. Und dass es aber auch regelmäßige Besprechungen mit Ihnen gab. Daher kann ich das nicht ganz glauben, dass Sie, das haben Sie nämlich noch 2015 in einem Gesundheitsausschuss gesagt, da haben Sie noch immer gesagt: Es ist alles in Ordnung. Ich bin überzeugt, das Warnschreiben von der Haustechnikfirma müssen Sie erhalten haben. Ich meine, das muss ja bei Ihnen eingelangt sein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Ist das die Frage?

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ja.

Mag. Sonja Wehsely: Also die Antwort wäre jetzt: Ja. Aber ich kann gerne mehr dazu sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Ich bitte darum.

Mag. Sonja Wehsely: Es sind zwei Warnschreiben bei mir eingegangen. Aber vielleicht gehen wir ins Jahr 2013 zurück, nämlich nur, dass wir das sozusagen insgesamt sehen und daher dann auch insgesamt einschätzen können. 2013, jetzt einmal was die ganze personelle Situation betrifft, kommt der Herr Balázs als Organisationsverantwortlicher und Hauptverantwortlicher für das Krankenhaus Nord in den Vorstand.

Es kommt 14 Tage später, weil er direkt aus China gekommen ist, der Herr Prof. Janßen als Finanzchef. Ich führe mein Verlängerungsgespräch mit dem Herrn Generaldirektor Marhold im Mai inklusive vertraglicher Verbesserung, die wird im Juni 2013 beschlossen. Ich habe meine regelmäßigen Jour fixe mit Marhold und damals, also mit Marhold und dann auch schon mit den anderen, ja, bei Statik gibt‘s Probleme. Es war dann sozusagen auch schon zu merken, dass ab den paar Monaten, wo sich dann der Balázs eingearbeitet hatte, dann mehr kritische Dinge waren, die aber noch nicht so am Tisch waren, weil da der Marhold der Generaldirektor war und gesagt hat: Ja also wir haben das alles im Griff.

Also noch einmal: 13. Vertragsverlängerung. Und dann kam der Dezember, das weiß ich noch genau oder bilde mir ein, es zu wissen: Am 4. Dezember habe ich ein Mail vom Herrn Generaldirektor Marhold bekommen, wo er mir gesagt hat: Alles ist im Zeit- und im Kostenplan sagt die begleitende Kontrolle. Er hat mir zwei, drei Tage vorher gesagt, aus Gesundheitsgründen - nicht mit dem Hund Gassi gehen, das geht mir nicht aus dem Kopf, seit ich das gelesen haben - kann er leider sozusagen muss er wenige Monate nach Vertragsverlängerung irgendwie kann er nicht mehr weiterarbeiten. Dann wenige Tage danach teilt mir der Generaldirektor Marhold mit, dass er die Frau Projektleiterin Loidl aus persönlichen Gründen karenzieren musste. Wir sprechen vom Dezember. Wenige Tage danach geht ein Schreiben der Bautechnikfirmen ein, dass überhaupt gar nicht alles in Ordnung ist. Und im Jänner geht die Fassadenfirma in Konkurs. Das war die Situation, vor der ich gestanden bin. Und zur Frage, wieso haben Sie da nicht schon vorher gesehen, dass das alles ja nicht in Ordnung sein kann, was man ja bei Lektüre des Rechnungshofberichtes nachlesen kann, den Sie wahrscheinlich alle auswendig können, den brauche ich Ihnen jetzt nicht vorzulesen, kann ich Ihnen sagen: Wenn man, und ich habe es überflogen, die Zeugenbefragungen von Dr. Marhold und Dr. Koblmüller hört, dann klingt das ja auch genauso. Den Schluss aus dem, Vertrag wird verlängert, dann geht man aber einvernehmlich in Pension, die Projektleiterin muss aus persönlichen Gründen karenziert werden, es kommt der Warnbrief, es geht die Firma in Konkurs, da müssen Sie sich selbst ein Bild daraus machen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ja, kann man sich machen. Aber jetzt frage ich Sie: In der Fragestunde vom 25.3.2015 antworten Sie auf eine Frage vom Kollegen Seidl, dass die Errichtung des Krankenhauses Nord gut läuft und das wird auch von verschiedenen Prüforganen bestätigt. Und auf der anderen Seite haben wir vom Generaldirektor Janßen bei seiner Einvernahme gehört, dass der Bericht der begleitenden Kontrolle von Ende April 14 sagt, dass eine Kostensteigerung bis auf etwa eine Milliarde Euro prognostiziert wird und gleichzeitig wurde von einer mindestens neunmonatigen Bauzeitverlängerung ausgegangen. Also das war im April 14. Und im März 15 sagen Sie: Die Welt ist in Ordnung. Offensichtlich haben Sie in der Fragestunde da die Unwahrheit gesagt. Oder können Sie andere Prüforgane zitieren, die Ihre Variante bestätigen?

Mag. Sonja Wehsely: Frau Abgeordnete, ich habe mich schon vorher bemüht, darzustellen, ich bemühe mich, das noch einmal zu erklären. Das Krankenhaus Nord war, nachdem der Bahnhof fertig war, die größte Hochbaustelle Österreichs. Es war umgerechnet in etwa, wenn man sagt, ein Einfamilienhaus kostet 500 000 EUR, wir haben keines, aber ich sage es jetzt einfach einmal, dann reden wir von der Errichtung von 2 000 Einfamilienhäusern, aber ohne den technischen Hintergrund, den so ein Spital hat, mit der Situation, und auch das habe ich schon gesagt, dass es jetzt nicht so ist, dass sozusagen die, die dieses Krankenhaus im Auftrag der Stadt errichten, immer nur die Stadt im Kopf haben und das Beste für die Stadt und den Steuerzahler wollen, sondern ihre Eigeninteressen. Und ich sage noch einmal, dass ich verstanden werde, was vollkommen legitim ist, aber was man halt im Hinterkopf hat. Daher stoßen wir hier schon auch an ein Problem dieser Struktur, in der das jetzt sozusagen hier errichtet wurde, weil auch die Berichte der begleitenden Kontrolle, wo ich Ihnen gesagt habe, die ich nicht gelesen habe, aber die immer einen Worst Case und einen Best Case beinhaltet haben, und in Wahrheit war er in der Regel in der Mitte, und man hat natürlich immer… Die begleitende Kontrolle ist ja nicht etwas, was Fakten und endgültige Fakten beschreibt, sondern ist ja eine Warnung, wo man sagt: Okay, wenn ihr da nichts tut’s, dann kommt ihr dort und dort und dort hin. Deshalb war die ja auch handlungsanleitend, um Aktivitäten zu setzen. Wir werden sicher heute noch aufs Claim-Management, und so weiter, und sofort, zu sprechen kommen. Und klar ist aber auf diesem Markt auch, in dem Moment, wo eine Information in der Öffentlichkeit ist, ist sie gesetzt. Das heißt, wenn die Frau Wehsely in einer Anfragebeantwortung - und ich habe niemals die Unwahrheit gesagt, weil es eben immer auch die Berichte waren, die ich von der Generaldirektion in meinen Jour fixe erhalten habe, dass eben die Bandbreite da ist. Aber mit der Klarheit veröffentlicht wird erst dann, wenn klar ist, dass das Risiko eintritt, weil alles andere die Verhandlungsposition der Stadt Wien massiv verschlechtert hätte. Und wir haben auch eine Situation, wenn ich mir das jetzt – nur, das würde ich gerne ansprechen, weil ich finde, das kann schon auch ein Learning für die Zukunft sein: In jedem Unternehmen, weil ich vorher das Aufsichtsgremium genannt habe, und Sie kennen das ja auch, Sie kommen ja auch aus der Wirtschaft, Frau Korosec, da gibt es einen Aufsichtsrat. Und wenn ich jetzt einmal vergleiche, der Gemeinderat ist eigentlich so et-was wie ein Aufsichtsrat der Stadt Wien. Da werden strenge Fragen gestellt, und so weiter, und so fort. Aber da gibt es erstens Vertraulichkeit, und da gibt es zweitens die grundsätzliche Loyalität zum Projekt, und die ist logi-scherweise in einem politischen Gremium nicht gegeben. Genau diese Gratwanderung ist die, die man sozusagen als politisch Verantwortliche hier auch dauernd gehen muss, nämlich den Steuerzahler, die Steuerzahlerin und das Projekt zu schützen, aber trotzdem gut zu informieren. Und das ist nicht immer leicht. Ich habe niemals die Unwahrheit gesagt. Aber ich habe nicht immer dann, wann immer ich das erste Mal erfahren habe, dass etwas sein könnte, die Öffentlichkeit informiert. Und ich würde das wieder so machen im Sinne des Projekts.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Noch einmal zum Grundstück: 1. März 2010, die Stadt kauft mit dem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats und mit der Kaufoption inklusive Preisfestsetzung, et cetera.

Haben Sie zu dem Zeitpunkt des Kaufes vor Ziehung dieser Option die Angemessenheit des Kaufpreises erneut prüfen lassen, weil der Rechnungshof kritisiert, dass der KAV keine eigenen, zumindest keine eigenen nachweislich dokumentierten Berechnungen beziehungsweise Überlegungen zur Höhe des Kaufpreises gemacht hat?

Mag. Sonja Wehsely: Ich war diesbezüglich nicht involviert. Ob der KAV das gemacht hat oder nicht, weiß ich nicht. Ich gehe aber davon aus, wenn der Rechnungshof sagt, dass nicht, dass es nicht so war.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Mag. Wehsely, ich komme noch einmal auf die Bauherrenfunktion zurück. Der KAV war ja nicht spezialisiert auf die Errichtung von Großkrankenhäusern. Und jetzt überlege ich mir die Entscheidungsfreiheit, auch wieder aus meiner Überlegung, aus der Privatwirtschaft kommend.

Überließen Sie es vollkommen dem KAV, welche Verträge er mit Dienstleistern macht, wie die Projektsteuerung, wie die örtliche Bauaufsicht abgeschlossen wurde? Und wurden diese Verträge niemals durch die Behörden geprüft? Weil diese sind so entscheidend und dort sind rückblickend gesehen auch die großen Fehler passiert. Hat man da eigentlich im KAV keine wirklich spezielle Ahnung davon? Neuland und sie können selbst entscheiden? Mir ist es heute erst klar geworden, als Sie gesagt haben, Sie waren eigentlich nur da, um sich das anzuhören und dann zu sagen, bitte entscheidet so und so. Sie haben die Entscheidungen, die ich eigentlich sehe, dass Sie in vielen Bereichen hätten entscheiden müssen, nicht gemacht. Sie haben auch erklärt, warum. Jetzt frage ich: Wie wurde da gefuhrwerkt? Oder wur-de das von Behörden dementsprechend überprüft und die Behörden haben die Fehler, die passiert sind, halt auch nicht gesehen? Gibt es zum Beispiel verbindliche Richtlinien für Vertragsabschlüsse? Wie hat sich das abgespielt?

Mag. Sonja Wehsely: Frau Korosec, oder Frau Abgeordnete, Entschuldigung, ich möchte nur eingangs sagen, ich weiß, dass Sie nicht überrascht sind, aber ich möchte es trotzdem fürs Protokoll sagen, es ist Ihnen natürlich vollkommen bewusst, was die Aufgabe - und Sie kennen den § 7 der Geschäftsordnung des Magistrats sehr gut - der amtsführenden Stadträtin ist und was die Aufgabe des Krankenanstaltenverbunds oder eines Dienststellenleiters ist.

Selbstverständlich gab es da, ich sage jetzt einmal, im Rahmen des Magistrats und des KAVs - Sie wissen, wie unsere Stadt funktioniert - Kontrollen. Das war die Interne Revision des Krankenanstaltenverbunds, das war die Interne Revision der Magistratsdirektion, das war das Kontrollamt, das war auch der Rechnungshof. Viele dieser Fragen, die angesprochen worden sind, sind geprüft und auch für richtig befunden worden, wie zum Beispiel - ich habe es vorher schon einmal erwähnt - die Projektstruktur für das Krankenhaus Nord, die von der Internen Revision der Magistratsdirektion geprüft worden ist. Ich habe das bei der Durchsicht gesehen. Das hat Herr Gen-Dior Marhold sogar richtigerweise erwähnt. Dass da niemand etwas kontrolliert hätte, war natürlich so nicht der Fall.

Aber die Verantwortung dafür ist, ich sage es jetzt in dem Jargon, wie es stimmt, bei der Dienststelle.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Aber Ihre Verantwortung ist, dass Sie dort die richtigen Leute bei der Dienststelle haben, nicht?

Mag. Sonja Wehsely: Frau Korosec, schon, aber das heißt eben nur, dass ich es verstehe, ich weiß, wir sind da nicht in einem Dialog, aber das ist ein bisschen unstringent: Ist der Schluss dann daraus, dass Marhold und Koblmüller nicht die richtigen Leute waren?

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Offensichtlich haben Sie nicht die richtigen Entscheidungen getroffen, sonst wäre es nicht möglich, dass wir bei einem Krankenhaus, das wir an sich einmal mit ungefähr 600, 700 Millionen geplant haben, heute bei 1,4 Milliarden liegen, und in Wahrheit, wenn man ganz ehrlich alles zusammenrechnet, ist es noch um einiges mehr. Da kann man nicht sagen, da ist alles gut gelaufen. Es kommt mir so vor, Sie stellen das so hin, Sie hätten eigentlich aus damaliger Sicht genauso gehandelt, jetzt vielleicht, aus heutiger Sicht, wäre das eine oder andere zu hinterfragen. Aber im Großen und Ganzen, so ist mein Eindruck, sagen Sie uns eigentlich ständig, Sie hätten diese Entscheidungen alle gleich ge-troffen.

Kommen wir zur Frage: Internes Know-how für Beratungsleistungen. Es fällt auf, dass der KAV für juristische und für fachliche Beratungen Beträge in zweistelliger Millionenhöhe ausgab. Jetzt gibt es die Stadt Wien mit vielen tollen Beamten und Exper-ten. Ich nehme an, diese benötigten Ressourcen wären doch zur Verfügung gestanden.

Oder fehlt - das ist jetzt noch die Frage dazu - in der Verwaltung das nötige Know-how, dass man so viele juristische und fachliche Beratungen gebraucht hat?

Mag. Sonja Wehsely: Zwei Antworten, eine auf eine Anmerkung und dann die Antwort auf Ihre konkrete Frage.

Ihre Anmerkung möchte ich nur fürs Protokoll auch richtigstellen, weil das weiß eh jeder, der hier in dem Saal ist, und ich nehme an, auch alle unsere Zuhörerinnen und Zuhörer, dass die 825 Millionen Preisbasis 2009 sind, und ich zitiere hier jetzt den Rechnungshofbericht, nicht Sonja Wehsely, 2010 sozusagen das Pendant zu 825 Millionen 2009 1,017 Milliarden sind, und dass der Rechnungshof auch schreibt: "Die Kostenüberschreitung könnte der KAV wesentlich verringern, sollte er sein Ziel, 200 Millionen EUR aus Versicherungen und Rückforderungen zu lukrieren, erreichen. Die Überschreitung läge dann in einer Bandbreite, und innerhalb einer der bauwirtschaftlichen Literatur anerkannten Bandbreite, von plus/minus 15 bis plus/minus 30 Prozent." Also nur, dass wir schon auch einmal wissen, worüber wir hier jetzt eigentlich sprechen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): 30 Prozent sind ja nicht so wenig.

Mag. Sonja Wehsely: Da sind wir nicht, weil sozusagen die Range zwischen 7 und 18 Prozent ist. Aber ich möchte überhaupt nicht eines vollkommen klar sagen, jedes Projekt, wo es zu keiner Zeitverzögerung und zu keiner Kostenüberschreitung kommt, ist ein besseres Projekt. Einen Baunobelpreis wird man wahrscheinlich dafür nicht bekommen. Ich glaube nur, dass zwischen der Frage, was ein Skandal ist, und wo Verbesserungspotenzial ist, eine Differenz ist, die ich gerne Klavier spielen können würde. Dann würde ich nicht da sitzen, sondern wäre der Rudi Buchbinder. Also das finde ich halt für die ernsthafte Auseinandersetzung, und so kenne ich Sie aus vielen Jahren der Zusammenarbeit, dass Sie an der Sache interessiert sind.

Zur Frage: Hat die Stadt Wien diese Kompetenz? Ich glaube, dass man sich diese Frage, und zwar jetzt nicht zynisch und polemisch, überlegen muss, ob man sie hat. Ich habe eingangs schon gesagt, dass ich glaube, dass sich die Stadt sozusagen für neue Großbauprojekte stär-ker aufstellen muss, um wirklich auf Augenhöhe der Bau-wirtschaft und Industrie Paroli bieten zu können. Da muss man viele Dinge diskutieren, die ich aus der politischen Auseinandersetzung kenne. Es wird in der Regel mit dem Gehaltsschema, das die Stadt Wien hat, ganz besonders schwierig sein, solche Menschen anzuziehen, bei der Stadt Wien mitzuarbeiten. Es wird noch schwieriger, wie ich gehört habe, dass es eine Dienstrechtsnovelle gegeben hat, dass Sonderverträge erschwert wurden. Also daher muss man immer überlegen, welche Konsequenzen solche Handlungen haben. Ich glaube, dass die Stadt Wien in gewissen Bereichen nicht über ausreichendes Know-how verfügt und daher mehr Know-how braucht, um hier stark und auf Augenhöhe gegenüber der Bauwirtschaft und Industrie auftreten zu können.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Jetzt komme ich noch zu den Leistungen von Herrn Dr. Dullinger. Er hat sich eigentlich vehement für die Einbeziehung von TU 3 ausgesprochen. In der Folge hat er Honorare über 14 Millionen ausbezahlt bekommen. 14 Millionen! Interessant, dann ist der Herr Balázs gekommen, Herr Balázs hat eine völlig andere Vorgangsweise gewählt und plötzlich war Herr Dullinger nicht mehr notwendig. Das ist auch etwas, was man sich schon anschauen muss. Zuerst ist er so notwendig, kostet 14 Millionen, dann braucht man ihn nicht.

Da kommt natürlich die Frage: War der Herr Dullinger vielleicht vorher unnötig? Weil wenn er dann eigentlich zu einer Zeit nicht mehr gebraucht wurde, wo die Probleme größer wurden, gerade wo man annimmt, da müsste man eigentlich mehr Beratung haben, hat man ihn nicht ge-braucht, und in der Anfangsphase werden 14 Millionen ausgegeben. Auch da würde ich gerne wissen, wie Sie das sehen.

Mag. Sonja Wehsely: Frau Abgeordnete, da kann ich Ihnen von meiner Wahrnehmung sagen, ich habe, glaube ich, mit dem Herrn Dr. Dullinger zweimal, oder so irgend-wie, in meinem Leben gesprochen. Also ich hatte keinerlei Touchpoint mit ihm.

Die Frage, die Sie hier aufwerfen, kann man beraten. Aber das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Da habe ich keine Tatsachenbeobachtung dazu.

GR Georg Fürnkranz (FPÖ): Frau Wehsely, ich muss gestehen, ich habe Ihre Nichtantwort auf die Frage der Kollegin Korosec vorhin wirklich bewundert, wo sie die Frage aufgeworfen hat, jetzt ist in diesem ganzen Projekt eine Verzögerung, es sind Mehrkosten et cetera, und Sie erzählen uns die ganze Geschichte so, als wäre eigentlich alles mehr oder weniger in Ordnung gewesen, Sie haben eh immer alles im Griff gehabt und es gäbe nicht viel anderes zu entscheiden. Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, die SPÖ hat eine Homepage eingerichtet, wo man unter anderem nachlesen kann, das Krankenhaus Nord ist kein Skandal, sondern ein Erfolg. In diesem Sinne verstehe ich jetzt Ihre Antwort da.

Aber ich versuche es noch einmal. Es ist schon mehrmals zusammengefasst worden, die einen Manager sagen, solange sie das alles betrieben haben, war alles in Ordnung, die anderen sagen, die Fehler sind alle schon vorher gemacht worden. Sie sind aber für beide Managements verantwortlich.

Wie sehen Sie es denn? Wann hat wer welchen Fehler gemacht? Und was würden Sie aus heutiger Sicht in dieser ganzen Angelegenheit anders machen, damit eben kein solcher Skandal entsteht? Denn ich darf daran erinnern, auch wenn man jetzt sagt, das ist kein Skandal, sondern ein Erfolg, es war unter anderem die SPÖ, die diese Untersuchungskommission deswegen eingerichtet hat, weil es eben ein Skandal ist.

Mag. Sonja Wehsely: Was die SPÖ eingerichtet hat oder nicht, hat mit mir jedenfalls nichts mehr zu tun und müssen Sie mit der SPÖ diskutieren.

Ich komme mir jetzt schon ein bisschen redundant vor. Aber ich kann jetzt sozusagen gerne wieder antworten, dass es auf der einen Seite wichtig ist, wenn man sozusagen hier ernsthaft an einer Diskussion und Aufklärung interessiert ist, zu unterscheiden zwischen dem Wissen, das man hat, wenn man zum Beispiel einen solchen Rechnungshofbericht oder andere gelesen hat, und in der Situation. Ich sage noch einmal, und das habe ich vorher auch schon angesprochen, dass mir sehr klar versichert wurde, und zwar jetzt nicht nur von GenDir Marhold und Gen-Dir-Stv. Dr. Koblmüller, sondern auch geprüft vom Kontrollamt, von der Internen Revision und so weiter und so fort, dass die Aufstellung des KAVs in Ordnung ist und suffizient genug ist, um ein solches Projekt zu machen.

Ich sage nicht, und ich möchte auch damit nicht in Verbindung gebracht werden, weil es einfach nicht die Wahrheit ist, dass alles, was da gelaufen ist, gut und richtig war und man es wieder genauso machen würde, bitte nicht, weil daraus kann man lernen, nämlich kann man insbesondere lernen, dass Bauwirtschaft und Industrie nicht der natürliche Freund der öffentlichen Hand sind. Das bedeutet, man muss sich von Anfang an besser aufstellen, und zwar unabhängig von der Frage, ob man PPP-Modelle machen möchte, denen ich durchaus viel abgewinnen kann, und daher mit Industrie und Bauwirt-schaft sozusagen als Partner geht, oder ob man selbst baut, wo ich auch vor einer Stunde oder so gesagt habe, für mich war klar, auch aus meiner Auseinandersetzung mit Herrn Dr. Bock, für weitere Großprojekte entweder gut vorbereitete PPP-Projekte oder eine Projektgesellschaft, aber nicht mehr in der Form. Das war für mich damals schon, nicht jetzt erst, ein Learning aus dem Prozess. Nur, es ist sozusagen ein Unterschied, ob man das danach sieht oder in dieser Situation ist.

Dann, Herr Gemeinderat, möchte ich schon sagen, aus meiner Sicht, und auch aus meiner politischen Sicht, und ich war 20 Jahre in der Politik, ist es schon ein großer Unterschied, ob wo Fehler passiert sind, und dass sie passiert sind, ist klar, wenn man den Rechnungshofbericht liest, oder ob wo ein Skandal ist. Wie gesagt, ich habe vorher schon angemerkt, den Unterschied täte ich gerne Klavier spielen können.

GR Georg Fürnkranz (FPÖ): Dass das kein Skandal ist, sondern einfach nur ein paar Fehler, okay, eine interessante Aussage. Wir nehmen es zähneknirschend zur Kenntnis. Der Steuerzahler sieht das offensichtlich doch ein bisschen anders.

Mir ist vollkommen klar, dass sich die Situation im Laufe eines mehrjährigen Projekts natürlich immer wieder einmal anders darstellt. Das ist schon klar. Aber Sie sind die echte Kontinuität in diesem ganzen Projekt. Deswegen müssen Sie sich auch gefallen lassen, dass man eben sagt, Sie sind letztendlich dafür verantwortlich. Das sind Sie nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch inhaltlich.

Jetzt möchte ich zu den Vorgängen in der Koordination mit dem KAV und Ihrem sozusagen politischen Entscheidungsbereich eine Nachfrage stellen, weil Sie auch gesagt haben, zum Beispiel auf politische Anfragen haben Sie zwar nicht gelogen, aber auch nicht alles gesagt, so auf die Art, aus verschiedenen Überlegungen. Das ist durchaus, sage ich einmal, glaubhaft, vielleicht sogar vertretbar. Ich weiß es nicht. Das Interpellationsrecht ist mir als Abgeordnetem heilig. Aber wenn es wirklich qualifizierte Gründe geben sollte, könnte ich es mir vorstellen. Ich habe auch einmal ein politisches Büro geleitet, habe aber eines immer gemacht, wenn ich von der Opposition irgendeinen Vorwurf vernommen habe, nämlich unabhängig davon, ob ich jetzt eine formelle Antwort geben musste, habe ich immer sofort gefragt: Haben die nicht viel-leicht recht?

Deswegen meine Frage: Wie haben Sie Ihr Büro organisiert? Und wie haben Sie die Kommunikation mit dem KAV in formeller Hinsicht abgewickelt? Sie haben gesagt, es gibt einen Jour fixe. Über den gibt es aber keine Protokolle Ihrerseits. Seitens der KAV-Verantwortlichen gab es schon Schriftliches, haben wir vernommen. Finde ich auch selbstverständlich, weil ein unvorbereitetes Treffen auf höchster Ebene ist eigentlich ein Unding. Natürlich gibt es nachher auch ein To-do für jeden. Das macht man üblicherweise schriftlich. Das sind schon einmal Unterlagen. Diese kann man jetzt Protokoll, Beschlussprotokoll, Notiz oder was auch immer nennen. Aber so etwas, würde ich einmal annehmen, hat es bei Ihnen sicherlich auch gegeben. Wie - mit mehreren Mitarbeitern, Pressestelle et cetera - hat diese Koordination genau funktioniert? Und wie ist da vor allen Dingen darauf gedrungen worden, dass die entsprechend vereinbarten Dinge auch wirklich gemacht werden?

Mag. Sonja Wehsely: Sie haben gesagt, Sie haben selber ein politisches Büro geleitet. Dort hat es Protokolle der Sitzungen von Ihrem Chef oder Ihrer Chefin gegeben?

GR Georg Fürnkranz (FPÖ): Wenn wir ein Jour fixe mit einem unserer Unternehmen gehabt haben, dann hat man natürlich nachher, meistens in E-Mail-Form, gesagt, ausgemacht ist das, das, das, das. Das kann man jetzt Protokoll nennen oder nicht.

Mag. Sonja Wehsely: Oder nicht.

GR Georg Fürnkranz (FPÖ): Aber es ist eine schriftliche Unterlage, die eine gewisse Verbindlichkeit ausstrahlt. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie nicht gemacht haben.

Mag. Sonja Wehsely: Es gab die regelmäßigen Jour fixes. Es gab die Mitarbeiter, die das vorbereitet haben. Beim KAV war das insbesondere Herr Mag. König, den Sie, glaube ich, schon kennengelernt haben, wo es im Vorfeld jeweils schon entweder persönliche oder telefonische Vorbereitung des Jour fixe gegeben hat. Ich habe, glaube ich, früher schon einmal gesagt, Krankenhaus Nord war immer ein Fixpunkt. Der Jour fixe hat, glaube ich, normalerweise zwei Stunden gedauert. Wenn es zwischen den monatlichen Jour fixes Notwendigkeiten gegeben hat, hat es aber auch kurzfristig Termine gegeben. Da war dann schon auch klar, was die notwendigen Handlungsschritte sind. Sie können mir glauben, können Sie auch alle meine Führungskräfte fragen, ich habe mir schon gemerkt, was ausgemacht war, was zu tun ist.

GR Georg Fürnkranz (FPÖ): Wenn Sie ein so gutes Gedächtnis gehabt haben oder immer noch haben, dann bewundere ich Sie. Es geht meiner Meinung nach auch darum, zu dokumentieren, dass es gewisse Verantwortlichkeiten für verschiedene Dinge gibt. Erfahrungsgemäß, wenn irgendetwas schiefgeht, dann erinnern sich alle völlig anders, wie denn das gewesen ist. Und genau das erleben wir hier jetzt gerade, nicht? Jeder erinnert sich. "Ich war bei der Wehsely, die hat aber nichts entschieden, und wir haben ewig gewartet, dass irgendetwas passiert", sagt der eine.

Mag. Sonja Wehsely (unterbrechend): Wer sagt denn das?

GR Georg Fürnkranz (FPÖ) (fortsetzend): Zum Beispiel der Architekt Wimmer.

Der andere sagt: "Ich habe immer wieder versucht, einen Termin zu kriegen", und dies und jenes, und ist alles nicht gewesen. Wie gesagt, jetzt nicht wörtlich zitiert, sondern nur als qualitative Beschreibung des Stimmungsbildes.

Eines ist aber, und das ist dann genau meine letzte Frage, diese Angelegenheit, es verzögert sich alles, und seitdem das neue Management da ist, geht nichts mehr weiter. Das ist etwas, was wirklich etliche Leute übereinstimmend geäußert haben. Jetzt hat Janßen darauf gesagt, Stichwort Kulturschock: "Na ja, ich habe das halt zuerst einmal gelesen, bevor ich es unterschrieben habe", mit der Unterstellung an seine Vorgänger, dass sie das nicht getan hätten. Aber Sie haben gesagt, Ihre Antwort auf Zeitprobleme war immer: "Verschiebt es lieber eine Zeit, bevor wir Mehrkosten haben." Jetzt ist aber das Ergebnis Mehrkosten und Verschiebung.

Auf welchen Zeitraum bezieht sich diese Aussage, dass Ihnen eben die Verzögerung nicht so wichtig ist?

Mag. Sonja Wehsely: Diese Aussage ist bezogen insbesondere auf die Frage, dass ich mich immer geweigert habe, mich auf einen konkreten Monat festzulegen, und dass ich nach wie vor die Frage so finde, ob im Jahr XY das im März oder im Dezember fertig ist, dass bei so einem Bauprojekt kein Hahn danach kräht. Der wesentliche Punkt, Herr Gemeinderat, dabei war für mich, dem Management die 100-prozentige Unterstützung zu geben, nach bestem Wissen und Gewissen dieses Projekt zu einem Ende zu führen, das Projekt, das, und ich brauche den Rechnungshof nicht zu zitieren, Sie haben ihn sicher alle gelesen, sozusagen eine Vielzahl von, wie das hier drinnen steht, Störungen hatte, beginnend damit, und jetzt wieder inhaltlich, nicht wörtlich aus dem Rechnungshof zitierend, dass ausgeschrieben worden ist zu einem zu frühen Zeitpunkt, weil die Planung noch nicht ausreichend war, dass weiter der Rechnungshof feststellt, dass das Selbstmanagement, das der KAV hier vorgenommen hat, nicht so funktioniert hat, wie es der KAV ursprünglich geplant hatte, kontrollieren zu können, das waren zwei ganz wesentliche Punkte, und die falsche Statik, was gerichtsanhängig ist, und der Konkurs der Fassadenfirma. Also das sind sozusagen Dinge, die hier passiert sind. Ich habe meine Rolle darin gesehen, das Management darin zu stärken, sich nicht davor zu fürchten, dass dieses Bauprojekt sehr stark in der Öffentlichkeit ist, sondern nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Projekt abzuarbeiten.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Wehsely! Sie waren ja dafür verantwortlich! Das war Ihr Personal, das Sie bestellt haben. Sie können immer sagen: Mein Gott, das habe ich nicht gewusst, und jetzt kommt man halt drauf! – Sie waren aber verantwortlich, und offensichtlich haben Sie sich darum zu wenig gekümmert! Das muss ich Ihnen sagen.

Und jetzt komme ich zu noch etwas, wozu ich gerne Aufklärung von Ihnen hätte: Ich kann das nicht verstehen: Dass Sie das grundsätzlich überwachen, ist richtig, und dass Sie auch dementsprechend rechtzeitig eingreifen, ist richtig, aber ich lese aus der Geschäftsordnung für den Magistrat nicht heraus, dass es so ist, wie Sie es darstellen, dass das eigentlich alles ist, was Sie tun können. Im § 7 Abs. 2 steht nämlich: "Die amtsführenden Stadträte und Stadträtinnen sind in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches berechtigt, die Tätigkeit der ihrer Geschäftsgruppe zugewiesenen Bediensteten zu überwachen, die bei den Abteilungen (Unternehmungen) ihrer Geschäftsgruppe anhängigen Dienststücke einzusehen und – ausgenommen Verwaltungsstrafsachen – sich die Erledigung selbst vorzubehalten."

Ich würde das jetzt so interpretieren: Wenn man sich die Erledigung selbst vorbehält, dann kann man natürlich entscheiden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Haben Sie eine Frage? – Bitte.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ja. Ich möchte die Interpretation der Frau Stadträtin hören, denn sie hat heute gesagt, sie konnte nicht entscheiden, sondern sie hat sich berichten lassen, aber …

Mag. Sonja Wehsely: Frau Korosec! Ich habe nicht gesagt, dass ich nicht entscheiden kann! Es ist ja selbstverständlich vollkommen klar: Wir sind hier Verwaltung, und der amtsführende Stadtrat oder die amtsführende Stadträtin ist die Spitze der Verwaltung in seinem oder ihrem Ressort, und da kann natürlich jede Entscheidung im Sinne der Ressortzuständigkeit herangezogen werden. Die Grunddefinition betrifft aber selbstverständlich die Überwachung.

Daher möchte ich da schon deutlich widersprechen, insbesondere fürs Protokoll: Ich bin überzeugt davon, dass ich meine Überwachungsaufgabe sehr redlich wahrgenommen habe. Wenn Sie sich die Phase von 2007 bis 2017 anschauen und auch den Rechnungshofbericht lesen, dann sehen Sie, was da an durchaus positiven Dingen erwähnt wird, die ich im Zuge des Prozesses gemacht habe.

Ich wiederhole noch einmal: Ursprünglich war Generaldirektor Marhold da. Punkt. Ich habe ersucht, Frau Loidl zur Projektleiterin zu machen. Das Management des Krankenanstaltenverbundes wurde um Herrn Dr. Koblmül-ler verstärkt. Es wurde dann der Vorstand des Krankenanstaltenverbundes erweitert um eine Person. Es wurde das Aufsichtsgremium eingeführt.

Das heißt also: Es wurde in dieser Frage strukturell sehr viel getan, und ich habe mich sehr intensiv mit den Themen auseinandergesetzt.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Noch einmal zum Rechnungshofbericht. Der Rechnungshof übt starke Kritik an den Ausschreibungen auf Basis nicht ausgereifter Planungen, die eine sehr hohe Anzahl von Leistungsabweichungen und damit natürlich Mehrkosten bewirken, deren Prüfung wiederum eine überdurchschnittliche Belastung der Projektorganisation darstellt. Besonders auffällig bei der Ausschreibung der Rohbauarbeiten ist, dass sich die Mengen genau bei jenen Positionen massiv erhöhten, bei denen der insgesamt billigste Anbieter, PORR, besonders teuer war, ursprünglich 98,4 Millionen bei der PORR, schlussendlich abgerechnet 160 Millionen. Das ist eine saubere Differenz von 61,6 Millionen EUR!

Gab es da jemals Zweifel an der Rechtmäßigkeit? Gab es diesbezüglich Beratungen mit dem Aufsichtsgremium?

Noch als letzter Satz: Herr Dipl.-Ing. Dr. Koller hat ausgesagt, dass ohne eine gravierende Planungsänderung die Abweichung gar nicht möglich gewesen wäre. Damit stimmt aber das von der Ausschreibung her von Anfang an nicht!

Mag. Sonja Wehsely: Mir ist dazu nichts bekannt.

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Frau Magistra! Wann haben Sie konkret das erste Mal von einer Zeit- und Kostenüberschreitung erfahren?

Mag. Sonja Wehsely: Von einer Zeit- und Kostenüberschreitung kann man ja jetzt noch gar nicht reden, weil noch gar nicht abgerechnet ist. Aber das erste ...

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Zu Ihrer Zeit.

Mag. Sonja Wehsely: Nun ja, trotzdem ist es dasselbe Projekt.

Aber lassen Sie mich einmal nachdenken: Ich gehe davon aus, dass ich von einer zeitlichen Veränderung das erste Mal wohl im Jahr 2015 erfahren habe.

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Sie haben zuerst gesagt, dass es einen monatlichen Jour fixe gegeben hat und ab 2013 das Projekt Krankenhaus Nord immer auf der Tagesordnung war. Und Sie haben auch gesagt, dass Sie die Quartalsberichte der internen Kontrolle nicht gelesen haben, gleichzeitig bei diesen Besprechungen aber auch immer wieder sehr intensiv nachgefragt haben.

Jetzt meine Frage: Haben Sie sich auch über die Quartalsberichte der begleitenden Kontrolle beim Generaldirektor oder Stellvertreter informiert?

Mag. Sonja Wehsely: Frau Abgeordnete! In dieser Form nicht, sondern das ist sozusagen eingeflossen in die Berichte des Managements. Es gab keinen Unterpunkt Quartalsberichte zum Krankenhaus Nord.

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Es müsste eigentlich schon 2014 beim Quartalsbericht klar gewesen sein, dass es zu einer Kostenexplosion von bis zu einer Milliarde und einer Zeitverzögerung von neun Monaten kommen wird. Deswegen wundert es mich, dass Monate später noch immer in den Medien berichtet wird, dass es weder zu einer Kostenerhöhung noch zu einer Zeitverzögerung kommt.

Mag. Sonja Wehsely: Ich glaube, dass man da sozusagen unterscheiden muss zwischen wissen und wissen. Ich war nicht die Managerin, und daher hat die begleitende Kontrolle auch nicht an mich berichtet. Aber die Aufgabe einer begleitenden Kontrolle ist es, mögliche Risiken aufzuzeigen, und zwar in der Regel zu einem Zeitpunkt, wenn noch die Möglichkeit besteht, Gegenmaßnahmen zu treffen, damit die Risikofälle nicht eintreten.

Das heißt, wenn eine begleitende Kontrolle zum Projekt XY – das braucht jetzt gar nicht das Krankenhaus Nord zu betreffen – berichtet, dass es zu einer Zeit- und Terminverzögerung kommt und das maximal so und so sein kann, dann ist das keine Tatsachenfeststellung, sondern eine Abwägung des Risikos, in Anbetracht dessen das Management dann die Aufgabe hat, nach Möglichkeit Maßnahmen zu setzen, damit das Risiko nicht eintritt.

Das heißt: Zu einem gewissen Zeitpunkt einen begleitenden Kontrollbericht zu kennen – auch wenn ich ihn nicht gekannt habe –, bedeutet überhaupt nicht, zu wissen, dass es zu einer Verzögerung kommt, weil diese Verzögerung, auch wenn sie als Worst Case angeführt ist, noch lange nicht eingetreten ist und hoffentlich auch gar nicht eintritt.

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Noch eine kurze Nachfrage: Auch nicht, wenn in einem Quartalsbericht ganz konkret steht: Das diesbezügliche Ergebnis ergab eine Verschiebung der Gesamtinbetriebnahme um circa neun Monate?

Mag. Sonja Wehsely: Was ist das für ein Zitat, von wo und von wann? Mir sagt das jetzt nichts!

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Aus dem Quartalsbericht 2014, zweites Quartal.

Mag. Sonja Wehsely: Ich kenne die Berichte nicht. Ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Es wird schon so stimmen, aber ich weiß es nicht.

GRin Lisa Frühmesser (FPÖ): Sie sind also nie informiert worden von Janßen oder Balász in einer Sitzung?

Mag. Sonja Wehsely: Diese Frage kann ich jetzt nicht verneinen, aber auch nicht bejahen. Mir sind Details nicht mehr erinnerlich. – Damit wir wieder wissen, wovon wir reden: Wir sprechen über monatliche Jour fixes, die Jahre zurückliegen, und Sie wollen jetzt von mir, dass ich mich daran erinnere, ob etwas damals geredet worden ist, obwohl ich gar keine Unterlagen mehr habe, weil ich seit nunmehr zwei Jahren aus dem politischen Amt ausgeschieden bin. Ich weiß es nicht.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Im Wirtschaftsplan 2018 ist das Krankenhaus Nord mit einer Position von 200 Millionen EUR Regressforderung aufgelistet.

Ich weiß, dass Sie nicht direkt verantwortlich sind für den Wirtschaftsplan, vor allem nicht für diesen. Aber 200 Millionen EUR sind eine unglaublich hohe Summe, fast ein Fünftel der Gesamtsumme, was für ein solches Projekt sehr außergewöhnlich ist! Auch von vielen Experten, mit denen wir gesprochen haben, und auch von einigen, die bisher in der Untersuchungskommission ausgesagt haben, wurde es als Phantasiesumme bezeichnet, dass 200 Millionen EUR einholbar wären.

Wie hat sich das Thema der Regressforderungen bis zu Ihrem Ausscheiden dargestellt und entwickelt?

Mag. Sonja Wehsely: Es hat sich bis zu meinem Ausscheiden so dargestellt, dass es immer 100-prozentige Rückendeckung für Herrn Balázs und für den Herrn Janßen – operativ hat das aber Herr Balázs gemacht – dahingehend gab, nicht zurückhaltend zu sein, sondern in aller Schärfe die Interessen der Stadt Wien zu vertreten. So kommt natürlich auch diese Summe zustande.

Ich habe das aus dem fernen Deutschland in der Diskussion nur ein bisschen in den letzten Monaten mitbekommen, und etwas wundert mich dabei ein wenig: Jeder, der einen Titel hat und meint, dass er sozusagen auf gerichtlichem Weg oder auch außergerichtlich den An-spruch auf Geld von jemandem hat, der wird doch nicht von sich aus sagen: Ich möchte gerne 200, aber ich glaube, ich bekomme eh nur 100! – Das schwächt ja die Position! Daher halte ich diese Diskussion, ob die Stadt Wien wirklich diese 200 Millionen bekommen wird oder nicht, doch für sehr eigenartig im dem Sinne, ob man eigentlich auf der Seite des Projekts und der Stadt Wien ist oder auf der anderen Seite.

Ich bin, auch wenn ich vor zwei Jahren ausgeschieden bin, hundertprozentig auf der Seite des Projekts. Es geht um eine Summe von 200 Millionen, für die es Begründungen gibt. Entscheiden werden die Gerichte, und am Ende des Tages werden wir sehen. Für mich gibt es keinen Grund, an diesen 200 Millionen zu zweifeln.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Das ist wieder eine Frage der Wahrscheinlichkeit, wie viel hereinkommt und ob man das dann in der kompletten Summe in den Wirtschaftsplan aufnimmt. Das ist zumindest auch aus finanztechnischer Perspektive fraglich. Ist die Zahl von 200 Millionen EUR mit Ihnen als Stadträtin noch diskutiert worden?

Mag. Sonja Wehsely: Diese Zahl ist mit mir niemals diskutiert worden, weil das ja sozusagen eine Fachentscheidung beziehungsweise eine operative Entscheidung ist. Hätte der KAV-Vorstand gesagt, es sind 97 oder es sind 312 Millionen, dann wäre das drinnen gestanden, weil das ja überhaupt keine politische, sondern eine wirtschaftliche Frage ist.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Eine weitere wirtschaftliche Frage zur Finanzierung des Projekts Krankenhaus Nord: Wir haben auch Protokolle vom Finanzausschuss des Aufsichtsgremiums bekommen, wo immer wieder diskutiert wurde, ob es beim Projekt eine Finanzierungslücke gibt oder nicht. In einer Sitzung wurde dann sogar diskutiert, ob ein Baustopp verhängt werden soll, weil das aus kaufmännischer Sicht verantwortlich gewesen wäre; all das im Zusammenhang mit der Diskussion; ob es diese Finanzierungslücke gibt und wie hoch sie ist.

Welche Erinnerung haben Sie an die Diskussion um eine mögliche Finanzierungslücke beim Krankenhaus Nord?

Mag. Sonja Wehsely: Herr Abgeordneter! Das ist wieder so eine Sache, wie sie Frau Korosec vor mehreren Stunden angesprochen hat, wie denn das mit dem Globalbudget und Finanz und so weiter und so fort ist. – Solche Diskussionen gab es beim Krankenhaus Nord, und ich kann Ihnen verraten: Diese gab es auch zu anderen Fragen immer wieder. Natürlich ist das berichtet worden. Ich kann mich jetzt an das Konkrete nicht erinnern, aber da war die Antwort von mir auch ganz klar, nämlich: Lieber Herr Mag. Gauss! Lieber KAV! Redet mit der Finanz und löst es!

Und wie wir sehen, sind diese Fragen auch gelöst worden, denn mir ist nicht bekannt, dass es aus diesen Gründen entweder seitens der Stadt Wien oder sonst irgendjemandes einen Baustopp gegeben hat! Es liegt auch an der Kameralistik und an der Systematik der Gemeindefinanzen, dass hier in Jahresscheiben kalkuliert wird und es nicht in dem Sinne, wie man das bei einem Unternehmen kennt, einen Investitionsplan gibt, der aufgestellt wird und über den man dann nicht mehr diskutieren muss.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Wehsely! Herr Kollege Ellensohn hat vorhin in der letzten Runde den Rohbau und den möglichen Bietersturz, der irgendwo im Raum steht, angesprochen. Sie haben geantwortet, dass Sie davon nichts wissen. – Ich kann mir das nicht vorstellen, weil ich annehme an, dass Sie den Rechnungshofbericht genau gelesen haben, und im Rechnungshofbericht ist das sehr ausführlich dargestellt.

Mag. Sonja Wehsely: Frau Abgeordnete! Nur um das klarzustellen: Das ist ein Missverständnis! Es geht immer um die Frage, ob ex post oder damals. Natürlich weiß ich das aus dem Rechnungshofbericht. Ich wollte Ihnen aber nicht falsch antworten. Ich habe die Frage so verstanden, ob ich damals Kenntnis davon erlangt habe, und darauf ist die Antwort: Nein. – Jetzt weiß ich es auch!

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ja. Damals konnten Sie es ja nicht wissen. (Zwischenrufe.) Frau Wehsely! Herr Dipl.-Ing. Koller erklärte in seiner Einvernahme die Unterschiede zum Bau des SMZ-Ost, denn er hatte damals die begleitende Kontrolle. Beim SMZ-Ost ist alles sehr gut gelaufen, vom Zeithorizont und auch vom Finanziellen her. Insbesondere hat er Herrn StR Stacher gelobt und hat gemeint, der Herr Stadtrat war sozusagen die starke Hand, hat gemeinsam mit der begleitenden Kontrolle viel entschieden, und daher hat das gut funktioniert.

Dipl.-Ing. Koller sagt jetzt, dass man betreffend das Krankenhaus Nord das Gefühl hat, dass eigentlich alles delegiert wurde, und auch Prem und Kropik argumentieren in diese Richtung, wenn zum Beispiel von Hosenträgern die Rede ist, weil alle so ängstlich sind, sich niemand zu entscheiden traut und ständig neue Gutachten gemacht werden, damit man wieder eine Entscheidungsgrundlage hat. Das bedeutet also fehlendes Know-how und offensichtlich eine schwache Führung. Gerade unter diesen Umständen hätte man doch eigentlich einen Generalunternehmer nehmen müssen. Wieso hat man das nicht gemacht?

Mag. Sonja Wehsely: Dazu zwei Punkte.

Erstens möchte ich noch einmal feststellen: Ich kenne Herrn Koller nicht, und ich weiß auch nicht, was er gesagt hat. Ich habe auch keinerlei Informationen über den Bau des Donauspitals, denn damals war ich noch sehr jung. Ich kenne natürlich Herrn Stacher, auch wenn er schon lange aus der Politik ausgeschieden ist.

Zweitens möchte ich bemerken, dass die Frage des Vergaberechts damals für die öffentliche Hand ganz anders war, als das heute der Fall ist. Wenn man das vergleicht, kommt mir das doch sehr stark wie ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen vor! – Ich kann das jedenfalls überhaupt nicht beurteilen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): StR Stacher hatte die starke Hand …

Mag. Sonja Wehsely: Die starke Hand hilft beim Vergaberecht in der Regel aber nichts! – Das ist aber eine inhaltliche Diskussion, die wir jetzt, glaube ich, nicht führen, denn das ist nicht der geeignete Ort.

Jetzt habe ich aber Ihre Frage vergessen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Ich habe gefragt, warum es keinen Generalunternehmer gab.

Mag. Sonja Wehsely: Warum gab es keinen Generalunternehmer? – Ich sage es noch einmal: Es gibt einen Kontrollamtsbericht aus dem Jahr 2010. Und das, was Sie mir vorwerfen können – wobei ich aber meine, dass das ein Vorhalt wider besseres Wissen ist –, wieso ich nicht gegen den Vorschlag des Managements, gegen die massive Kritik des Kontrollamts und auch wegzaubernd, dass es keine Einigung mit dem Konsortium gibt, nicht für den Widerruf war. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Wenn Sie mich fragen, was Sie mich nicht gefragt haben: Sind Sie der Meinung, dass es nie ein Generalunternehmer oder nie ein PPP-Modell sein soll, dann wäre meine Antwort: Der Meinung bin ich überhaupt nicht! Ich glaube, dass das eine sehr gute Variante sein kann, wo-bei allein das Thema Generalunternehmer noch nicht allseligmachend ist. Jedenfalls muss die öffentliche Hand darauf besser vorbereitet und stärker sein.

GR Leo Kohlbauer (FPÖ): (…) Ob Sie gemeinsam mit dem SPÖ-Klub Rücksprache gehalten haben, um eine Krisenkommunikation zustande zu bekommen, um den Skandal klein zu halten.

Mag. Sonja Wehsely: Zunächst einmal: Sie äußern hier Ihre Wahrnehmung der Dinge!

GR Leo Kohlbauer (FPÖ): Das war nur eine Frage.

Mag. Sonja Wehsely: Nein. Sie postulieren einen Skandal, den ich jedenfalls nicht sehe. Es ist Ihre Meinung, dass es hier um einen Skandal gehe. Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich nicht darum handelt, sondern dass in diesem Projekt zwar Dinge besser gemacht werden könnten, dass es aber ein hervorragendes Projekt ist.

Zweitens, weil sie das vorher auch gesagt haben: Ich habe überhaupt nicht über einen Missstand informiert, sondern ich habe am 30. Juni 2015 darüber informiert, dass auf Grund des Konkurses der Fassadenfirma und der Falschplanung des Statikers und der dadurch entstehenden Bauverzögerung zu einer Kostenüberschreitung kommt. Und selbstverständlich – das ergibt sich logisch und konkludent – bezieht sich eine Presseaussendung, die danach folgt, dass alles im Zeitrahmen ist, auf die, welche die letzte war, und nicht auf eine davor.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): In Vorbereitung auf den heutigen Termin: Mit welchen bisherigen Zeugen haben Sie sich abgesprochen oder Kontakt gehabt?

Mag. Sonja Wehsely: Das sind jetzt zwei Fragen. Ich habe mich mit niemandem abgesprochen. Ich habe aber zum Beispiel vor wenigen Wochen mit Herrn Gara in Berlin gesprochen.

GR Christoph Wiederkehr, MA (NEOS): Er war kein Zeuge! Meine Frage ging in Richtung Zeugen. Herr Gara ist Gemeinderatsmitglied und Mitglied dieser Kommission, aber kein Zeuge.

Mag. Sonja Wehsely: Ich habe mich mit niemandem abgesprochen. Aber ich habe mit Zeugen, die hier ausgesagt haben, seit meinem Ausscheiden aus der Politik gesprochen, weil ich nicht wegen der Untersuchungskommission meine privaten Kontakte verändert habe.

Ich habe mich aber jedenfalls mit keinem Zeugen abgesprochen, und auch mit keinem Mitglied der Kommission, um das vielleicht auch gleich zu ergänzen.

GRin Ingrid Korosec (ÖVP): Frau Mag. Wehsely! Eine letzte Frage: Sie haben gesagt, dass Sie mit Häupl häufig Gespräche geführt haben. Haben Sie auch Dreiergespräche – Brauner, Sie und Häupl – geführt, und zwar offiziell und nicht nur inoffiziell? Die Finanzierung spielt ja natürlich auch eine große Rolle beim Krankenhaus Nord. Hat es auch solche Dreiergespräche gegeben?

Mag. Sonja Wehsely: Ist mir nicht erinnerlich.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Zum Aufsichtsgremium. Nach einem Erlass vom Jänner 2014 sollten alle Empfehlungen des Aufsichtsgremiums an die Stadträtin vorab im Aufsichtsgremium selbst formal beschlossen werden und Sie als zuständige Stadträtin dann zumindest monatlich über die Erreichung der strategischen Ziele durch den Vorsitzenden informiert werden. Wurde dieses Prozedere in Angelegenheiten KH Nord eingehalten?

Mag. Sonja Wehsely: Da ist mir jetzt nicht erinnerlich, wie sehr das KH Nord da bei dieser Zielerreichung überhaupt Thema war, aber was ich Ihnen bestätigen kann, dass es monatlich Termine gab und dass hier sehr ausführlich, immer mindestens eine Stunde gesprochen wurde.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Ich bleibe beim Thema Rechnungshofbericht. Organisation der Generaldirektion des Wiener KAV, steht drin: Die Zusammenarbeit des Aufsichtsgremiums mit dem Vorstand mangelhaft, insbesondere die Unterlagenaufbereitung beziehungsweise Vorlage nicht fristgerecht, unzureichend … war das Aufsichtsgremium in Angelegenheiten KH Nord immer ausreichend informiert und waren alle zur Beschlussfassung notwendigen Unterlagen immer vorhanden oder gab es Fälle, wo sie als Stadträtin intervenierend eingreifen mussten.

Mag. Sonja Wehsely: Da möchte ich das von vorher nochmal wiederholen, dass die Schaffung dieses Aufsichtsgremiums natürlich eine große Kulturveränderung für das Management im KAV war und meine Wahrnehmung ist, dass das sozusagen am Anfang sehr schleppend war bei der Neuschaffung, so ein bisschen nach dem Motto - na schauen wir einmal ob sie es wirklich ernst meint - dann aber sich strukturell sehr gut eingefügt hat. Die Frage welche Unterlagen da übermittelt wurden entzieht sich meiner Kenntnis. Ich gehe aber davon aus, wäre das hier sozusagen sehr dramatisch nicht passiert, wäre der Herr Dr. Bock an mich herangetreten und das war nicht der Fall. Das hätte ich mir sicher gemerkt, Sie kennen den Herrn Dr. Bock, der kann schon sehr insistieren.

GR David Ellensohn (GRÜNE): Ja den Eindruck hatte ich auch. Zur Korruptionsbekämpfung gibt es für das Projekt KH Nord einen eigenen Verhaltenskodex, er heißt Transparenz- und Korruptionsprävention im Programm KHN, also KH Nord, beschäftigte sich das Aufsichtsgremium auch mit Antikorruptionspolitik? Wenn ja, gab es eine explizite Korruptionsprüfung das Projekt KHN betreffend und wenn ja, welche?

Mag. Sonja Wehsely: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, ich war nicht Mitglied dieses Aufsichtsgremiums, ich bin aber, würde aber sagen, wenn das Aufsichtsgremium sich mit diesem Thema befassen hätte wollen und es hätte Schwierigkeiten gegeben hier Unterlagen zu bekommen, wäre das auch bei mir gelandet. Ich weiß aber weder ob sie sich damit beschäftigen wollten - bei mir ist nichts gelandet.

GR Wolfgang Seidl (FPÖ): Ich sage es noch einmal: Sie haben uns im September und im Oktober – leider Gottes in nichtöffentlichen Sitzungen, denn Gesundheitsausschusssitzungen sind nicht öffentlich – nicht die Wahrheit gesagt.

Mag. Sonja Wehsely: Warum? Was habe ich dort gesagt?

GR Wolfgang Seidl (FPÖ): Wir haben Sie gefragt, wie es mit dem Krankenhaus Nord ausschaut: Ist alles im Zeitplan? Ist alles im Kostenplan? Und Sie haben uns damals jedes Mal gesagt: Es ist alles in Ordnung! Alles läuft.

Warum sitzen wir denn bitte Ihrer Meinung nach heute hier, und warum sitzen Sie heute hier? Weil es so nett in Wien ist? – Das ist es, Wien ist eine wunderschöne Stadt! Aber wir sitzen heute deswegen da, weil wir diesen Skandal aufklären wollen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Bitte jetzt wieder Fragen stellen!

GR Wolfgang Seidl (FPÖ): Ich komme jetzt zu den 200 Millionen Regressforderung. Das ist auch ein Punkt, der unter anderem im Rechnungshofbericht angeführt wird. Bis jetzt war eigentlich jeder, den man mit dieser Zahl konfrontiert hat, immer relativ darüber verwundert, woher diese 200 Millionen kommen. Das ist ja heute schon besprochen worden. Herr Lechner hat gesagt, dass es die 200 Millionen unter Garantie nicht geben wird, dass er als Experte schätzt, dass es so um die 30 Millionen sein werden.

Nun meine Frage: Wenn diese Zahl im Rechnungshofbericht steht: Woher hat der Rechnungshof Ihres Erachtens diese Zahl her? Die wird er ja nicht gewürfelt haben!

Mag. Sonja Wehsely: Ich bin nicht im Rechnungshof tätig, weder als Präsidentin noch als Mitarbeiterin. Daher kann ich diese Frage nicht beantworten.

GRin Brigitte Meinhard-Schiebel (GRÜNE): Ich darf noch eine letzte Frage betreffend eine Zeit stellen, die weit zurück liegt: Es geht noch einmal um die Störungen im Projektverlauf, die ja 2012 schon aufgetreten sind: Damals gab es mangelhafte Statikpläne, Verzögerungen bei dem Rohbauarbeiten et cetera. Mag. Balázs hat allerdings in der Aufsichtsgremiumssitzung vom 12.12.2013 berichtet, dass das Projekt KH Nord im Zeit- und Kostenplan liegt.

Hatten diese damals bereits aufgetretenen Störungen tatsächlich zu diesem Zeitpunkt noch keine Auswirkungen auf den Zeit- und Kostenplan des Projekts? Und ist das Warnschreiben der Auftragnehmer, der technischen Gebäudeausrüstung, vom Dezember 2013 vor oder nach dieser Aufsichtsgremiumssitzung beim KAV eingelangt? Gab es von Ihrer Seite noch eine Reaktion auf dieses Warnschreiben aus dem Dezember 2013, und wenn ja: Wurden dazu konkrete Anordnungen getroffen?

Mag. Sonja Wehsely: Betreffend das, was Herr Balázs im Aufsichtsgremium gesagt hat, würde ich bitten, Mitglieder des Aufsichtsgremiums zu befragen! Ich nehme an, dass Sie Herrn Bock eh schon gefragt haben. Ich habe dazu keine Wahrnehmung und keine Information.

Zum Warnschreiben: Es ist mir nicht erinnerlich, aber ich gehe davon aus, dass es eine Antwort an den Adressaten gegeben hat, die gelautet hat: Herzlichen Dank. Die Nachricht ist eingegangen. Zuständig ist der KAV. – Es gab aber jedenfalls keine materielle, also inhaltliche Antwort von meiner Seite.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Und was hat die Evaluierung aus Ihrem Bereich zu dem konkreten Projekt ergeben? Was ist die Ursache dessen, dass es – ich rede als Laie, ich rede als Bürger – zu doch sehr gravierenden Kostensteigerungen gekommen ist, und was ist der Grund dafür, dass das Ganze wesentlich länger gedauert hat, unter der Prämisse, dass man Ihnen noch im Jahr 2013 gesagt hat, es ist alles okay?

Mag. Sonja Wehsely: Also die wesentlichen Gründe sind die, die im Rechnungshofbericht angeführt sind. Das ist erstens die Beauftragung und Ausschreibung auf einer nicht ausreichend ausgereiften Planung. Das ist zweitens – wie das, glaube ich, der Rechnungshof benennt –, dass die Selbstorganisation hier nicht geklappt hat. Der Rechnungshof moniert hier auch – und das habe ich sozusagen für alle Zukunft sehr relevant gefunden –, dass die Risikobeurteilung beim Switchen des Verfahrens, ich zitiere: "Die damit einhergehenden Risiken (Vergaberisiko wie Einsprüche sowie Risiken in der Bauausführung wie die Vielzahl der Schnittstellen oder das Risiko gegenseitiger Behinderungen) bildete der KAV in den Risikobeurteilungen des Planers und der Projektsteuerung nicht entsprechend ab". Das war auch eine Information, die ich von Balázs/Janßen immer bekommen habe, die sich dann genauso effektuiert hat im Rechnungshofbericht.

Darüber kommen … Also anders beurteilen würde ich das Thema, nicht würde ich, sondern beurteile ich das Thema Statik und Fassade. Denn bei der Statik ist es eindeutig so, dass es hunderttausendprozentig nicht in der Sphäre des KAV liegt, sondern da eine Schlechtleistung einfach war, und dass eine Firma in Konkurs geht, das ist auch etwas, was nicht in der Sphäre des KAV liegt, bedingt aber natürlich weitere Probleme.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Und hat man sich in dieser Zeit die Grundlagen der ganzen Vergabeakten angeschaut, nämlich jetzt insbesondere was Materialien und so weiter betrifft, denn unserer Kommission ist doch aufgefallen, dass da teilweise Angaben gemacht wurden, die in keinster Weise den Tatsachen entsprochen haben, sondern nachher wesentlich teurer waren als man das ursprünglich angegeben hat? Zu welcher Conclusio sind Sie da gekommen?

Mag. Sonja Wehsely: Ich bin da mangels Zuständigkeit und mangels Wahrnehmung zu keiner persönlichen Conclusio gekommen, bin aber aufgrund meiner Termine, insbesondere mit dem Herrn Balázs – und ich erinnere an den Beginn der heutigen Sitzung, wo die Kommission einen Beschluss gefasst hat, offenbar auch der Aussage des Herrn Balázs hier vor der Kommission –, hat man dort offenbar genau hingeschaut auf diese Vorkommnisse.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Wer hat genau hingeschaut?

Mag. Sonja Wehsely: Offenbar Balázs.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Und man hat nichts gemacht?

Mag. Sonja Wehsely: Na ja, die Ausschreibungen waren ja damals.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Na ja damals, aber wenn ich jetzt wahrnehme, dass da irgendetwas ganz komisch ist?

Mag. Sonja Wehsely: Na ja, aber Frau Doktor, das ist wieder die Frage des Zeit-Ort-Kontinuums, denn die Ausschreibungen waren ja sozusagen ewig schon vorbei und dann sind die Leistungen erbracht worden. Die Frage, ist die Ausschreibung jetzt passiert auf Grund der guten Planung, sagt uns der Rechnungshofbericht, die Planung war nicht ausgereift genug, trotzdem war die Ausschreibung draußen. Da war sozusagen in der Situation dann nichts mehr machbar, außer – und ich erinnere an das Claim-Management –, um sozusagen den Firmen sehr sehr … all diesen Begehrlichkeiten nicht nahezukommen. Das war, würde ich jetzt einmal sagen, kein übliches Verhalten für die öffentliche Hand, so streng da zu sein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Das, was mich interessiert hat, war, ob man, als Ihre Mitarbeiter draufgekommen sind, dass da irgendetwas bei der Ausschreibung schon nicht passt, das von Ihrer Seite her näher untersucht hat? Nicht Rechnungshof, sondern hat es da von Ihrer Seite her eine Kontrolle gegeben?

Mag. Sonja Wehsely: Also, die Antwort darauf ist, ja, weil mir vom Herrn Balázs und vom Herrn Janßen schon lange vor dem Rechnungshofbericht diese Problematik dargelegt wurde, also die Punkte, die sozusagen hier diskutiert wurden, wo kommen diese Probleme jetzt her, es ist die Planung da nicht ausreichend, die Koordinierung, da fehlt eigentlich das Knowhow hier und dann Statik und Fassade ist das. Aber die wesentlichen Kritikpunkte, die im Rechnungshofbericht von der Frühphase stehen, waren damals diskutiert, waren aber schon passiert.

Quelle: Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates, 11. Sitzung vom 13. November 2018